

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig,
Rosen- & Hopf, Nr. 20813.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen,
Kunst einschließlich Fringelosen monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen
jährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich
jährlich 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltigen Zeilen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskongressen. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorhand zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 257.

Dresden, Montag den 4. November 1918.

29. Jahrg.

Kaiserproblem und Kaisererlaß

Das bedrohte Wien.

Sozialdemokratie und Abdankungsfrage.

Aus Berlin wird geschrieben:
Eine Verleugung der innerpolitischen Situation ist eingetreten. Am 29. Oktober hatte, wie schon bekannt, Genosse Scheidemann an den Reichskanzler einen Brief gerichtet, in dem er umgekehrt die Regierung möge dem Kaiser den Gedanken nahelegen, freiwillig zurückzutreten. Diese Antizipation entgegnete dem Wunsch der breitesten Volksmassen, keineswegs die sozialdemokratische Forderung, und sie fand bei zahlreichen nichtsozialdemokratischen Politikern volles Verständnis. Noch vor zwei Tagen nahm man an, daß sich der als notwendig erkannte Personenwechsel an der repräsentativen Spitze des Reiches ohne besondere Reibungen in aller Ruhe vollziehen werde. Die Sache war so gedeutet, daß der Älteste Enkel des Kaisers den Thron besteigen und bis zur Zeit seiner Volljährigkeit ein provisorischer Kronprinz und Reichsverweser eingesetzt werden sollte.

Die Widerstände gegen diese Lösung, die doch wohl angesichts der jetzigen Lage als eine maßvolle Kompromißlösung zu bezeichnen ist, erwiesen sich jedoch härter, als man angenommen hatte. Durch eine Indiskretion der bürgerlichen Presse kam die Angelegenheit vorzeitig in die Öffentlichkeit, wodurch die Lösung in aller Ruhe, wie sie ursprünglich geplant war, weiter erschwert wurde. Die sozialdemokratische Partei mußte nun öffentlich und offiziell zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Das geschah am Sonntag morgen durch eine Notiz des Vorwärts, in der gesagt wurde, Genosse Scheidemann habe tatsächlich den von der bürgerlichen Presse angekündigten Schritt unternommen und dies sei im Einklang mit dem Parteivorstand und dem Fraktionsvorstand geschehen. Darüber hinaus kam für keinen, der die Volkspartei kennt, der geringste Zweifel daran bestehen, daß die Worte der Parteigenossen den Schritt des Genossen Scheidemann, der übrigens auch im Einklang mit dem inneren sozialdemokratischen Regierungsmitteln erfolgt ist, einmütig billigt.

So ist die Lage in diesem Augenblick. Die Partei hat ihre Stellung in der Kaiserfrage festgelegt. Jegendeiweiche Gemütsart, daß sie mit ihrer Aufassung durchbringen wird, besteht in diesem Augenblick noch nicht. Die Verhandlungen gehen weiter fort, und einseitig darf man nicht hoffen, daß sie sehr bald zu einem Ergebnis führen werden, das dem deutschen Volke weitere Schmierigkeiten erspart. Ähnlich ist am Sonntagmorgen spät nachts ein kaiserlicher Erlass veröffentlicht worden, in dem Wilhelm II. den Umfassung des Reiches zur Demokratie vorbehaltlos anerkennt und seine Mitwirkung an einem freibürgerlichen Regiment in Aussicht stellt. Der Zweck dieser Veröffentlichung ist so klar, daß er kaum noch näher erklärt zu werden braucht. Wie über allem, was während des Krieges von den Seiten des Reiches ausgesprochen ist, steht auch über diesem Erlass das Urteil der Reichsstände: Zu spät! Ein derartiger Erlass hätte ganz andere Wirkungen auslösen können zu einer Zeit, in der das Reichsministerium auf dem Gipfel kriegerischer Glorie zu stehen kam. Damals hätte man die staatsmännliche Weisheit anerkennen dürfen, die aus solchen Erlass gesprochen hätte, denn der in ihm zum Ausdruck kommende Gesinnungswechsel wäre dann in ohne Druck der äußeren Umstände aus freier Überzeugung erfolgt. Heute aber steht die Sache ganz anders, und unwillkürlich erinnert man sich an zwei Parallelen der Weltgeschichte, nämlich an das Verfassungsverprechen Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1810 und das Gelöbnis Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848. Die Situation ist freilich von der damaligen in der Beziehung himmelweit verschieden, da die Volkskräfte heute in ganz anderem Maße entwickelt sind. Ein Regime der heiligen Allianz, eine junkerliche Gegenrevolution ist nach der ganzen Lage der Sache kaum noch zu befürchten. Aber auch misslingende Versuche, später einmal wieder eine rückläufige Bewegung einzuleiten, könnten schwerer Unheil bringen, und man wird daraus verlesen, wenn das Volk auf der Hut ist.

In konservativen Kreisen wird der Erlass des Kaisers gleichfalls wenig Freude erwecken. Man wird ihn dort auf das Konto der „schändlichen Nachgiebigkeit“ legen, die man dort als das Kennzeichen des ganzen Regierungssystems während des Krieges betrachtet.
Die idiosyncratische innerpolitische Lage wird nicht erleichtert durch den Umstand, daß in den Vertriebenen Berlins extremistische Elemente tätig sind, um die Arbeiterklasse zum Keulensherben fortzuführen. Diese Elemente planen für den Montag einen Streik mit anschließenden Streikendemonstrationen, und einzelne Stützpunkte meinen, jetzt müsse aus dem Gange gezogen werden. Die Reichshauptstadt ist voll abenteurerlicher Zersplitterung. Der Vorwärts mahnt in seiner Sonntagnummer die Berliner Arbeiterklasse eindringlich, sie möge die von der Partei eingeleitete Aktion nicht durch unbesonnene Taten

durchkreuzen. Sicherlich wird der größte Teil der Berliner Arbeiterklasse diesem Ruf Gehör schenken, denn daß die großen Massen der Berliner Bevölkerung auf dem Boden der alten Partei stehen, beweisen alle Wahlen, beweist die sprunghafte Entscheidung, die der Vorwärts in der letzten Zeit genommen hat. Trotzdem bleibt an diesem Sonntag das, was am Montag werden wird, ein unbekannter Faktor in der politischen Rechnung. Ebenso ist die weitere Entwicklung des innerpolitischen Zentralproblems in diesem Augenblick noch vollkommen ungewiss. Die Partei steht möglicherweise vor neuen, sehr idiosyncratischen Aufgaben, die sie in einer veränderlichen politischen Situation zu leisten haben wird. Von der Arbeiterklasse im Reich oder erwartet sie, daß sie die Entwicklung der Dinge in Berlin mit Fahren und ruhigem Urteil verfolgen wird, daß sie unbesonnenen Regierungen kein Gehör schenken, aber sich bereitstellen wird, der von der Sozialdemokratie ausgehenden Parole zu folgen.

Sterbendes Gottesgnadentum.

Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlass an den Reichskanzler gerichtet:

„Meiner Großvatergrüßen Oberkeit lasse ich in der Kaiserin mit mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellung der Reichskanzler, vom 17. März 1878 zur abschließenden Veröffentlichung wieder ausgeben. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Fortschritt durch eine Reihe von Regierungsjahren, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, die die grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewohnheiten und emporkommenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart.“

In den kühnsten Schemen der vier letzten Jahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgehaltungen Platz zu machen. Nach dem Willen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Heberzeugung verbanden die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Verfassungen der verhängenen Regierungen ihre Anteilnahme. Ich aber trete diesen Verfügungen der Reichsverfassung mit meinen hohen Verbindungen bei, in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuwirken, überzeugt, daß ich damit dem Wohl des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. Es möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.
Berlin, den 28. Oktober 1918.

W. Wilhelm, I. R.
gegenges. Max, Prinz von Hessen.“

Dieser Erlass des Kaisers, so verhängnisvoll es auch ist, daß er erst jetzt kommt, ist ein historisches Dokument von größter Wichtigkeit. Er bedeutet die feierliche Abdankung des Gottesgnadenkaiseriums. Deckelte Kaiser, der einst in das von einem Leipziger Verlag herausgegebene Goldene Buch des deutschen Volkes schrieb, „von Gottes Gnade ist der König, darum ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich“, erkennt hier feierlich an, daß diese Zeit des Gottesgnadentums vorbei ist. Wenn wir in Deutschland in Zukunft überhaupt einen Kaiser haben werden, so wird er nicht mehr zu sagen haben, als der König von England oder der von Norwegen oder Italien. Er wird wohl gewisse Ehrenrechte genießen, aber er wird keinen wesentlichen Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte haben. Bei einem Kabinettswechsel wird er sich einen Mann suchen müssen, der ein dem Reichstag genehmigtes Ministerium zusammenstellt oder er wird, wie das bei der Bildung der neuen Regierung geschehen ist, die von

Reichstag gewünschten Personen zu Ministern berufen. Die oberste Gewalt im Deutschen Reich wird darum, auch wenn die Monarchie erhalten bleibt, in den Händen des auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählten Reichstages liegen. Wir werden in Deutschland, ebenso wie z. B. in den sogenannten Monarchien England, Italien oder Norwegen, im Grunde genommen eine Republik haben, auch dann, wenn wir formell einen Kaiser an der Spitze behalten.

Den Wünschen eines großen Teiles, wahrscheinlich sogar der Mehrheit des Volkes würde es entsprechen, wenn alle Lebensrechte des monarchistischen Systems verschwinden. Deutschland ist ja nicht nur mit einer, sondern mit 22 Dynastien gesegnet. Das ist ein sovieljähriger und lächerlicher Luxus. Welche Millionen Menschen geopfert werden, wenn unsere deutschen Landesväter in den Auslandswahlkreisen nach Weibchen sind, kann leicht von anderen Nationen abgelesen werden, die die Erde weiten sich billiger machen.

Es muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß bei der bisher bestehenden Reichsverfassung der Kaiser sehr wichtige Rechte nicht hatte, die sonst einem Monarchen zukommen. Er hatte vor allem nicht das Recht einer entscheidenden Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Gesetzestexte, die vom Reichstag und Bundesrat angenommen waren, mußte der Kaiser veröffentlichen, auch wenn er persönlich nicht damit einverstanden war. Die große Macht, die der Kaiser im Deutschen Reich hatte, beruhte zum großen Teil darauf, daß er gleichzeitig der Herrscher des größten deutschen Bundesstaates, des Königreichs Preußen, ist und dadurch auch im Bundesrat einen starken Einfluß hatte. Von den 61 Stimmen, die im Bundesrat abgegeben werden, entfielen 17 auf Preußen. Wegen des großen Einflusses ist keine Verfassungsänderung im Reich möglich, und auch in einigen anderen sehr wichtigen Fällen hat Preußen ein Veto. Es ist eine Frage von großer Bedeutung, ob der Bundesrat in seiner jetzigen Form, nachdem im Reich die Parlamentarisierung durchgeführt worden ist, bestehen bleiben kann. Die Bundesratsmitglieder wurden bisher von den Regierungen der Einzelstaaten ernannt und sie haben die Stimmen ihrer Staaten nach den von ihrer Regierung erteilten Weisungen abgegeben.

In einer Unterredung mit einem sozialistischen Journalisten hat der Reichskanzler Prinz Max von Baden der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Bundesrat sich der Durchführung der Wünsche des Reichstags in Zukunft nicht mehr hindern in den Weg stellen wird, weil auch in den Einzelstaaten der Ruf der Zeit auf Demokratisierung gerichtet sei. Er verwies dabei darauf, daß das preussische Volk recht geklärt sei. Es sei unbedenklich, daß die Bundesratsvorsitzenden der preussischen Regierung Anträge ausstellen, die sie mit den Verfügungen des Reichstags in Konflikt bringen könnten. Die Demokratisierung in den Einzelstaaten ist vorläufig aber noch nicht überall durchgeführt und wir wissen auch heute noch nicht mit Sicherheit, ob sie überall durchgeführt werden wird. Es würde sich mit dem durch die neuen Verfassungsreformen geschaffenen Zuständen nicht betragen, wenn z. B. aus weichen die mecklenburgischen Bundesratsmitglieder infiziert werden von Regierungen, die noch nicht unter der Kontrolle eines auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählten Parlaments stehen.

Das richtigste wäre zweifellos eine Vereinfachung des Bundesrats. Der deutsche Reichstag würde völlig genügen, um die Einigkeit des deutschen Volkes zu repräsentieren und alle gesetzgeberischen Aufgaben zu lösen. Aber wenn sich, wie angenommen ist, die Vereinfachung des Bundesrats nicht erzielen läßt, so wäre die Frage zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Bundesrat statt aus Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen, aus Personen zusammenzusetzen, die von den Volkvertretungen der einzelnen Staaten gewählt sind. Zur Wahl von Bundesratsmitgliedern dürften in jedem Parlamentarismus berechtigt sein, die auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt sind. Das Recht eines Einzelstaats auf seine Vertretung im Bundesrat läßt zu ruhen, solange in diesem Staat noch keine auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählte Volksvertretung vorhanden ist.

Mit den Verfassungsänderungen, die bereits erfolgt sind, ist ein lebenswichtig und entscheidender Schritt zur Umwälzung unserer ganzen politischen Verhältnisse getan. Aber es ist unbedingt nötig, daß sowohl im Reich, wie in den Einzelstaaten auf dem Wege der Reform fortgeschritten wird. Inste ganze Reichsverfassung mit einer recht gründlichen Umarbeitung bedürfen, damit sie wirklich den neuen Verhältnissen angepaßt ist.

Waffenstillstand mit Oesterreich-Ungarn.

Der Waffenstillstand zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Verbände ist abgeschlossen. Die Bedingungen sind so, daß die Entente mit Oesterreich-Ungarn machen kann, was sie will. Die deutschen Truppen müssen innerhalb 15 Tagen das Oesterreich-ungarische Gebiet geräumt haben. Deutsche Truppen, die in dieser Zeit Oesterreich-Ungarn noch nicht verlassen haben, sind zu internieren. Die Feindseligkeiten an der italienischen Front sind bereits eingestellt.

Wit. Wien, 3. November. Amtlich wird verlautet:
Die von den Italienern geforderten Waffenstillstandsbedingungen sind...

I. Zu Lande:

1. Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft.
2. Ganzliche Demobilisierung Oesterreich-Ungarns und sofortige Zurückziehung aller Einheiten, die an der Front von der Nordsee bis zur schweizerischen Grenze operieren. Im dem Gebiet Oesterreich-Ungarns wird innerhalb der unten in § 3 angedeuteten Grenzen als österreichisch-ungarische Wehrmacht nur ein Regiment von 20 Divisionen, auf den Friedensstand vor dem Krieg herabgesetzt, aufrechterhalten. Die Güter des gesamten Oesterreich-Ungarns und Korrespondenzmaterial sowie die entsprechende Ausrüstung, von all dem beginnend, was sich auf dem österreichisch-ungarischen Gebiet zu erwerbenden Gebiete befindet, wird an einem von den Ent-

Verbänden und den Vereinigten Staaten zu bestimmenden Punkt an...

3. Gewässerung jedes von Oesterreich-Ungarn seit Kriegsbeginn mit Wassergewalt besetzten Gebiets...

4. Die Verbündeten werden das absolute Recht haben a) einer freien Bewegung für ihre Truppen...

5. Der vollständige Abzug aller deutschen Truppen innerhalb 15 Tagen nicht nur von der italienischen und gallischen Front...

6. Die provisorische Verwaltung der von Oesterreich-Ungarn eroberten Gebiete wird den lokalen Behörden unter Kontrolle der Alliierten Kommandanten...

7. Sämtliche Schiffahrt ohne Gegenleistung aller Kriegszwecke wird unterbrochen...

8. Die in unbesetzten Gebieten verbleibenden Kranten und Verwundeten werden von Oesterreich-Ungarn persönlich gepflegt werden...

II. Seebedingungen:

1. Sofortige Einstellung aller Feindseligkeit zur See und Bewahrung des Küstenschiffverkehrs...

2. Ubergabe von 15 Oesterreichisch-ungarischen Unterseebooten, die von 1910 bis 1918 gebaut worden sind...

3. Ubergabe von 2 Schlachtschiffen, 3 leichten Kreuzern, 9 Torpedobootzerstörer, allen Minenlegern, 6 Torpedoschnellbooten...

4. Freiheit der Schiffahrt aller Schiffe der Kriegsmarine der Verbündeten...

5. Aufrechterhaltung der Blockade seitens der Verbündeten...

6. Vereinigung und Befreiung aller Luftfahrzeuge der Marine in einem von den Verbündeten und den Vereinigten Staaten zu bestimmenden Ort...

7. Gewässerung der ganzen Küste und aller Handelshäfen, die von Oesterreich-Ungarn außerhalb seines nationalen Besitzes besetzt sind...

8. Befreiung aller Land- und Seefestungen und der zur Verteidigung von Pola eingerichteten Inseln...

9. Ubergabe aller von Oesterreich-Ungarn den Verbündeten weggenommenen Handelschiffe.

10. Sofortige Befreiung von Gefangen oder Material vor der Abreise, Ubergabe oder Rückgabe.

11. Ubergabe aller Gefangenen der Verbündeten Mächte, soweit...

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wid. (Amtlich). Großes Hauptquartier, den 4. November 1918.

Seezuggruppe Kronprinz Rupprecht: Vorkampfe vor untern neuen Linien nördlich von West. Wir stehen hier am Kanal und am Westende der Stadt...

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.



Die Kriegsanleihe steht an der Spitze aller mündel-sicheren Papiere.

Denn für die Kriegsanleihe haftet das Reich mit allem, was es an Werten einschließt, haftet das deutsche Volk mit seinem ganzen Vermögen, seiner ganzen Arbeits- und Steuerkraft.

Darum zeichnet die Kriegsanleihe

der Kriegs- als auch der Handelsmarine, die sich in der Gewalt Oesterreich-Ungarns befinden, ohne Verpflichtung der Gegenleistung.

Deutsch-Oesterreicher und der Waffenstillstand. Wien, 3. November. Das Präsidium des deutsch-Oesterreichischen Staatsrats verleiht folgende Mitteilungen: Der Staatsrat hat unter anderem folgenden Beschluß gefaßt: Der Staatsrat hat die Mitteilung des Armeekommandanten mitgeteilt...

Der sozialdemokratische Parteitag über Deutsch-Oesterreichs Zukunft.

Der Parteitag der deutsch-Oesterreichischen Sozialdemokratie faßte eine Entschließung, in der das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationen anerkannt wird...

Friedrich Adler frei.

Dem Vorwärts wird vom 1. November aus Wien gemeldet: In den Parteivorstand wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag auch Friedrich Adler gewählt.

Die deutsch-böhmische Regierung.

Waidenberg i. B., 2. November. (Meldung des Wiener L. L. Post-Bureau.) Landesoberpräsidenten Abg. Dr. Schöner übertrug dem Reichskanzler die Besorgung der Verhandlungen mit den ausländischen Stellen...

Die Bedrohung Wiens.

Wien, 4. November. Der Wiener Sonntag stand unter dem doppelten Druck der italienischen Waffenstillstandsbedingungen...

gemeldete Nachricht nach Wien kam, daß Tausende von italienischen Kriegsgelassenen aus den Lagern in Giarabrunn und Corta im Sonntag in der Hauptstadt zu erwarten seien...

Ruthenen und Ukrainer. Kämpfe in Galizien.

Extrablätter Warschauer Zeitungen bringen Nachrichten betreffend die Kämpfe zwischen ukrainischen Truppen in Ostgalizien. So wird gemeldet, daß in der Nacht auf den 1. November Kemberg durch ukrainische deutsch-Oesterreicher und ukrainischer Nationalisten erobert wurde...

Die bolschewistische Gefahr für Polen.

Aus Warschau wird gemeldet, daß das erste bolschewistische polnische 'Schwarze Regiment' den Befehl erhalten hat, sich zur Verteidigung bereit zu halten...

Das Schicksal der Bukowina.

Wien, 4. November. In Czernowitz wählte die rumänische Bevölkerung einen Nationalrat, der die Verwaltung der Bukowina übernehmen wird...

Republik oder Monarchie in Ungarn?

Sonnabend Abend hat der Volkskongress der ungarischen Nationalrats im Nationalrat, dem Abgeordnete des Nationalrats, beraten. Ministerpräsident Graf Karolyi teilte mit, daß die Regierung durch den König von ihrem Eide entbunden worden sei...

Stollensische Truppen in Triest.

Triest, 3. November. Heute 4 Uhr nachmittags sind sechs italienische Torpedobömer eingetroffen und legten in Pola den Anker.

Die Serben in Belgrad.

Belgrad, 2. November. Die Serben haben Belgrad besetzt.

Hadraffy und Spigmüller zurückgetreten.

Wien, 4. November. Der gemeinsame Minister des Reichs Graf Hadraffy und der gemeinsame Finanzminister Dr. von Spigmüller sind zurückgetreten.

Der Abbau des Belagerungszustands.

Der Oberbefehlshaber hat den stellvertretenden Generalquartiermeister, Gouvernements- und Kommandanturen einen Befehl zugehen lassen, durch den zwar die Nachbesetzung der Festung und die Befreiung des Besatzungsrechts abgelehnt werden...

Die Katastrophe in Kurland.

Die Times schreiben, daß die russische Regierung in Kurland eine Katastrophe eingeleitet hat, die die Verwirrung in der Provinz noch mehr verschärft hat...

Die Katalanen in Barcelona.

Die Times schreiben, daß die Katalanen in Barcelona eine neue Revolution eingeleitet haben, die die Verwirrung in der Provinz noch mehr verschärft hat...

Der mit dem Reich befreundete... Der mit dem Reich befreundete...

Der W... Der W...

Der mit dem Reich befreundete... Der mit dem Reich befreundete...

Der W... Der W...

Der mit dem Reich befreundete... Der mit dem Reich befreundete...

Die Times... Die Times...

Die Times schreiben, daß die russische Regierung in Kurland eine Katastrophe eingeleitet hat...

der neuen Bestimmungen zeichnen. In dem Gefühl wird ausdrücklich gesagt, daß dem deutschen Volk in weithöchster Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung über Wort und Schrift gegeben werden und daß es ungehindert seine Wünsche und Klagen zum Ausdruck bringen können soll.

Nach den wichtigsten der neuen Bestimmungen sind alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen zu gestatten. Ein Verbot darf nur eintreten, wenn ihr Zweck dem Bestehen des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich macht. Alle Versammlungen, die öffentlichen Angelegenheiten erörtert werden, sind anmeldepflichtig. Ansprachen im Hinblick auf die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze sind zuzulassen, sofern sie sich in den Grenzen des angemessenen Gehaltens halten. Gewerkschaftsversammlungen sind von der Anmeldepflicht befreit, sofern sie sich im Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Juni 1918 bewegen. Alle Versammlungen von öffentlichen Angelegenheiten erörtert werden können, in denen öffentliches Verbot ausgesprochen wird, oder wenn es zu Missetat oder Gewalttätigkeiten kommt. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 14 des Reichsverfassungsgesetzes vom 10. April 1918 in Kraft. Aus außerordentlichen Verhältnissen sich ergebende außergewöhnliche Maßnahmen dürfen nur unter strenger Verantwortlichkeit des Oberbürgermeisters getroffen werden.

Über die Handhabung des Zensur wird bestimmt: Maßnahmen gegenüber Zeitungen und sonstigen Schriftstücken dürfen nur erfolgen, wenn es das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unbedingt erfordert. Die Vorschriften für alle Nachrichten und zensiurliche Angelegenheiten sind dem Reichsausschuss für die Kriegführung mitzuteilen, nicht beanstandet, und nach deren Genehmigung in die Ausführung eingegriffen werden dürfen. Die Verhängung der Zensur für Zeitungen ist nur in Zukunft nur noch mit Einwilligung des Oberbürgermeisters zulässig.

Sozialdemokraten, Parteimitglieder und Unabhängige, Vorkämpfer und Gewerkschaftler, vor allem Männer aus dem arbeitenden Proletariat nach Russland kommen sollten, um sich selbst vom Stande der Dinge zu überzeugen und objektiv darüber zu berichten. Um unter eigenen Augen zu sehen, müssen wir hier her gehen.

Unabweisbar hat die Sowjetregierung den besten Willen, eine neue Ordnung der Wirtschaft im Lande durchzuführen. Sie selbst ist unabweisbar, daß es zu den sinnlosen und entsetzlichen Ausschreitungen des Terrors gegen zahllose Unschuldige gekommen ist. Aber sie ist völlig machtlos gegenüber dem allgemeinen Verfall, unter dem der Bauer und der Arbeiter nicht weniger zu leiden haben als der ehemalige Bourgeois und der abgeleitete Aristokrat. Die Sowjetregierung ist nicht imstande gewesen, nachdem das Werk der Herstellung grünländlich befragt worden war, eine politische lebensfähige Neuordnung der Produktion herbeizuführen. Die Hungersnot wird immer schlimmer, die Transportkräfte bleiben chronisch, die Produktion ist größtenteils lahmgelegt, die Versorgung des Landvolkes durch den Staat erbringt nur völlig ungenügende Resultate. Tugenden betrifft die Korruption bis in die Keller der Sowjetregierung hinein; sie ist selbst gezwungen, über das schlechte Funktionieren ihres Verwaltungssystems und über die zunehmende Bürokratie Klagen zu hören.

Trotzdem gibt die Sowjetregierung blendende Statistiken über ihre kulturellen Vermögen und Leistungen heraus. Aber in der Nähe des Reiches sind nicht als Propaganda und Selbsttäuschung bekannt. Die kulturelle Tätigkeit ist nirgends über den Bereich hinaus gediehen, die im Einklang des allgemeinen „Kulturnotes“ stehen geblieben sind. In allen Strichen Petersburgs, Moskaus und der andern russischen Großstädte wandeln die halb- und dreierlei verhungerten Gestalten umher, und wer das sieht, der weiß, wie schwindelhaft das Angebot von Brot- und Lebensmittelfürsorge nach Reichtum ist.

Infolge der Unfähigkeit der Sowjetregierung zu wirtschaftlich praktischer und produktiver Arbeit herrscht in ganz Russland eine unbeschreibliche Unzufriedenheit. Der Bauer ist unzufrieden, weil man ihn trotz ungezählter Versprechungen ungenügend ernährt und weil er sieht, daß aus seiner Arbeit infolge der mangelhaften Leitung durch die Zentralregierung kein lohnender Nutzen für alle gezogen wird. Alles ist unzufrieden, sogar die Rote Armee, die einzige politische Reuehührung der Sowjetregierung, die dem Bauer das Brot wegnimmt und die Nation des Arbeiters verfürzt, um davon der räuberischen Soldateska zu geben, die doch nie genug bekommen kann!

Nach dem Sturz des Bolschewismus wäre hier Raum zu einer gesunden und fruchtbareren Neuordnung in sozialistischem Geiste gewesen. Die Gelegenheit ist verpasst worden, und das Elend, das hier eine terroristische Wirtschaft angeht hat, dreht einem das Herz im Leibe herum. Auf allen Gebieten herrscht Verfall, Desorganisation, Willkür und Auflösung. Der Einmarsch der Ententearmee, hinter denen das amerikanische Trustkapital in seiner ganzen Wiesenhaftigkeit steht, würde das Unglück vollenden. Und die Gefahr ist nahe und groß, daß fremde Imperialisten den Boden des revolutionären Russlands freizeuteln. Aber auch die andre Möglichkeit, die des langsame anarchischen Zerfalls, müßte auf die Dauer unerträglich werden und zu nicht mehr menschenwürdigen Zuständen führen. Der Schmerz darüber ist doppelt so groß, weil die Gelegenheit da gewesen wäre, wirkliches Glück für breite Volksmassen zu schaffen.

46000 Tonnen versenkt.

Berlin, 3. November. (Kettlich.) Am Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 46000 Br.-Tonn.-T.G. Es handelt sich fast durchweg um tiefbedeckene, nach englischen Häfen einlaufende Dampfer, darunter zwei Landdampfer.

Abchluss der Versailler Konferenz.

Konst., 4. November. Wie aus Paris verlautet, haben die Beratungen in der Versailler Konferenz ihren Abschluss gefunden. Die Versailler Konferenz haben sich im Einklang mit den Bestimmungen vorläufig noch nicht veröffentlicht. Geht man nach den außerordentlichen Sitzungen aus, die die Konferenz in der letzten Woche der Woche zu erwarten.

Konst., 4. November. Daily News meldet aus New York: In New York glaubt man, dass die Feindseligkeiten bald, vielleicht schon innerhalb einer Woche beendet sein werden.

Deutsches Reich. Die bayerische Neuordnung.

Die bürgerlichen Parteien haben sich nach einer besseren Deutung. Die von den Sozialdemokraten wegen mangelnden Entgegenkommens gegenüber ihren Mindestforderungen abgebrochenen Verhandlungen über die Neuordnung sind wieder aufgenommen worden. In neuerlicher Besprechung der Positionen mit der Regierung ist es endlich zu einer Einigung gekommen. Nach den getroffenen Vereinbarungen wird die Bildung der Regierung im Einklang mit dem Verfassungsgesetz erfolgen. Das gegenwärtige Ministerium bietet keine Entlassung an. Drei Minister — der Justizminister, der Finanzminister und der durch seinen Rücktritt als Gegner der Arbeiterorganisation beurlaubte Verkehrsminister — scheiden endgültig aus. Sie werden durch drei Parlamentarier (einen liberalen Landtagsabgeordneten und zwei Parlamentarier) ersetzt. Außerdem wird das Ministerium durch drei parlamentarische Minister ohne Portefeuille, nämlich einen Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie und der vereinigten Bauernverbände der Konfessionsparteien, ergänzt. Nach erfolgten Neuwahlen wird in dieser Richtung eine weitere Vervollständigung eintreten. Ferner wird die Wahlprüfung durch das ganze Land eingeführt werden. Das Zentrum, das sich gegen diese ernüchternde Bedingung seines Mandatslehres mit seiner Parteimehrheit bis auf äußerste Weisheit hat seinen letzten Widerstand gegen den allgemeinen Landesparagrafen unter dem Zwange der Verhältnisse aufgegeben. Ebenso ist über die Umgestaltung des Reichspräsidenten eine Verständigung erzielt worden. In Zukunft werden die Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung, wenn auch die Reichspräsidenten ihnen nicht bestimmen, dennoch Gesetzwort erhalten, sofern die Abgeordnetenversammlung in einer zweiten Abstimmung auf ihrer Durchführung beharrt. Eine königliche Vorwahl, die diese Neuerung anhängig, steht nahe bevor. In der kommenden Ausschlussfrage ist dann die große politische Aussprache im Landtag zu erwarten.

Fliegerangriff auf Bonn.

Berlin, 2. November. Die feindlichen Flieger, die am Montag des 31. Oktober die offene Stadt Bonn angriffen, hatten es, wie sich aus den Bombeneinschlagstellen an den verkehrreichen Punkten der inneren Stadt ergibt, lediglich auf die friedliche Bevölkerung abgesehen. Die abgeworfenen Bomben waren durchweg solche mit geringer Durchschlagskraft, aber mit um so größerer Splitterwirkung, also auf die Wirkung gegen lebende Ziele, d. h. gegen Frauen und Kinder berechnet. Auf diesen Umständen ist die bemerkenswerte Zahl von 27 Toten und 35 Schwerverletzten zurückzuführen. Der rudiöse Einschlag auf Bonn steht nicht vereinzelt da. Gerade in den letzten Tagen haben unsere Gegner durch die Angriffe auf den Kurort Wiesbaden und auf die ebenso wie Bonn sehr militärischen Bedeutung entbehrenden Städte Wicksburg, Seibelberg und Tirmosens gezeigt, in welcher Weise sie den Krieg für Gerechtigkeit und Humanität führen; durch nutzloses Sterben von Frauen und Kindern.

Ausland.

Russland. Ein Sowjet-Kongress.

In der Sitzung des Zentral-Ausschusses und des Provisorischen Sowjets wurde beschlossen, einen außerordentlichen Sowjetkongress für den 5. November einzuberufen, so daß die Volksrevolutionäre der Oktober-Revolution in die Zeit dieses Kongresses fielen. Nach einer Mitteilung der Komintern findet Anfang November eine Konferenz der Vertreter der ausländischen kommunistischen Gruppen in Moskau über die Bildung eines Weltkongresses, Revolutionskomitees und über die Einberufung einer Weltkonferenz statt.

Aus aller Welt.

Schweres Untergrundbahnunglück. New York, 2. November. Auf der Untergrundbahn in Brooklyn entgleiste im Tunnel ein Zug, wodurch 85 Personen getötet und fast 200 verletzt wurden. Der Zug führte 90 Passagiere. Es spielten sich schreckliche Szenen ab. Viele wurden unter dem Terrain, die Feuer fingen, begraben. Das Unglück wird der Unachtsamkeit des während des Streits verweildeten Zugführers zugeschrieben.

Letzte lokale Nachrichten.

Aufhebung des Theaterverbots. Von morgen, Dienstag, an sind Theater- und Zirkusvorstellungen, Konzerte, Kinos und Klaffspiele wieder zulässig.

Spielplan der Hoftheater. In den Hoftheatern werden morgen, Dienstag, die Vorstellungen wieder aufgenommen. Es wird gegeben: Im Opernhaus: Dienstag: Freischütz; Mittwoch: Arolotta; Donnerstag: Arolotta; Freitag, vormittags 11 Uhr: Ouverture zu dem Einakter; abends: Einakter, Erste A. — Im Schauspielhaus: Dienstag: Wilhelm Tell; Mittwoch: Der Schiffer; Donnerstag: Brand; Freitag: Der Raub der Sabinerinnen.

Ein ganz schwerer Einbruch wurde in Vorstadt Frauen in der Schokoladenfabrik von Frölich u. Kautzsch verübt. Die Diebe sind von der Thürantler Straße in das Fabriksgebäude eingedrungen, nachdem sie das Fenster des Lagerraumes eingeschlagen haben. Sie haben gegen 40 Kisten Bonbons, Kondensmilch, Kuchenmischung mit fortgeschleppt. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Brand eines Schuppens. Heute früh 4 Uhr 40 Min. wurde die Feuerwehre nach der Feuerherger Straße alarmiert. Ein im Hofe stehender, mit wertvollen Sachen gefüllter Schuppen, war durch zu großes Schüren von heftiger Hitze in Brand geraten. Die Gefahr wurde von der Feuerwehr durch mehrere Kohre beseitigt.

Mahnung zur Besonnenheit.

Die Sozialdemokratische Parteileitung verleiht in Berlin ein Flugblatt mit einer Mahnung zur Besonnenheit. Darin heißt es: Durch unerschütterliche Standhaftigkeit und unerschütterlichen Willen zu Stand ist es auch die Kriegführung möglich, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie ihr alle wisst, befindet sich die Sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Wochen in die Regierung eintraten, damit sie schweigend Frieden bringe und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstelle, deren Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes gegenseitiges Zerschlagen zu durchkreuzen. Halte darum feiner Mund, die von einem unverantwortlichen Minderheit angegeben ist.

Der Waffenstillstand mit der Türkei.

Bedingungslos Übergabe. Der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand, der am 31. Oktober, mittags 12 Uhr an als beendet erklärt, stellt das osmanische Reich in denkbar weitestem Maße unter die Militärgewalt der Alliierten. Es ist keine Waffenruhe, der irgendwo neue Feindseligkeiten stattfinden könnten, es ist die vollkommene Kapitulation auf Gnade und Ungnade. Die Alliierten werden zu dem ganzen türkischen Gebietes von Konstantinopel bis zum Bosporus, zum Schwarzen Meer, also vor allem zum Schwarzen Meer, und aus der Befehlung von Bosporus und der besetzten Kaufmannschaftsgebiete, die Befehlung der Landesverteidigung durch alliierte Truppen vorbereitet. Die Türkei muß alle Kriegsgefangenen bedingungslos ausliefern, die türkischen Gefangenen aber bleiben zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte. Ein besonderer Paragraph bedingt das Bündnis jäh und ganz, daß die Türkei in den nächsten Jahren an die Seite Deutschlands und der andern Verbündetenmächte stellt: „Die Türkei verpflichtet sich, alle Beziehungen zu den Mittelmächten abzubrechen.“ Diese Verpflichtung ist im gegenwärtigen Moment von besonderer Bedeutung. Sie zwingt die Türkei zu Fortbewerungen an Deutschland, die im Interesse der Kriegführung der Alliierten liegen.

Meldungen aus Bukarest berichten, daß die deutschen Marineexpeditionen und die deutschen Hilfskräfte den Hafen von Konstantinopel verlassen haben. Konstantinopel ist bereits eine Abteilung englisch-französischer Soldaten gelandet worden.

London, 2. November. Das Auswärtige Amt ermächtigt zur Erklärung, daß die Vermutung, daß der Waffenstillstand mit der Türkei mit irgendeinem geheimen politischen Abkommen verbunden sei, nicht den Tatsachen entspricht.

Der bedrohte Oken. Die Times rechnen mit einer Seeschlacht im Schwarzen Meer als erster Folge der Unterwerfung der Türkei. Der Marinefachverständige des Blattes hält es für möglich, daß die Engländer Odeffa besetzen werden, die Verbindung mit Polen herzustellen und die russische Ostsee zu bedrohen.

Auch in Petersburg erwartet man einen Angriff der deutschen Flotte auf russische Häfen am Schwarzen Meer.

Die Katastrophe des Bolschewismus.

Der von Petersburg wird uns von Mitte Oktober gemeldet. Neulich hat die große Sache der Sozialrevolution in Russland einen glänzenden Sieg davongetragen. Es lebt hier jetzt unter dem revolutionären Programm; es ist die Tat umgekehrt und Wirklichkeit geworden. Aber zu einem richtigen Werturteil ist es notwendig, die bisherigen Lebensverhältnisse aus nächster Nähe zu betrachten. Es muß dringend darauf hingewiesen werden, daß der Augenblick gekommen ist, in dem deutsche

Russische Botschaft und bolschewistische Agitation.

Ein amtliche Erklärung der deutschen Regierung weist die Vorwürfe gegen die russische Botschaft als gänzlich unbegründet zurück und sagt: Die Zahl der russischen Kuriers hat die üblichen Grenzen nicht wesentlich überschritten. Die Behauptungen über die Einfuhr von Waffen und Geldern zu Revolutionen werden durch die Mitteilung über den Versand von mehreren Abteilungen in russischen Wägen. Das sind jedoch keine Beweise, um daraufhin ein Urteil über eine durch das Völkerring geübte Verzerrung zu begreifen.

Die Erklärung betont, daß auch die bolschewistische Regierungsgewalt in Russland wieder korrekte völkerringliche Beziehungen beobachtet habe, und hat dann: Wenn allerdings, wie nicht zu leugnen ist, in der letzten Zeit nachgehende russische Regierungsvvertreter gegen die Haltung des Russen gewesen sind, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands ihnen ein Uebelerschreiten der Grenze internationaler Korrektheit gelehrt, und aus diesem Anlaß Gedanken über eine Änderung ihrer revolutionären Praktiken auf Deutschland ausdrücken, die auf ein Einmischen in innere deutsche Verhältnisse führen, so tritt an die deutsche Regierung die Mahnung heran, zu prüfen, welche Konsequenzen sie etwa aus diesem Verhalten hinsichtlich unserer Beziehungen zu der bolschewistischen Regierung zu ziehen hat. Und wenn tatsächlich Beweise vorliegen, daß die hierse russische Vertretung oder sonstige amtliche russische Vertretungen in Deutschland den Behörden der ihnen gegenüber unsere Verhältnisse obliegenden Fürsorgehaltung überdrehen, so wird sie ebenfalls prüfen, welche Folgerungen daraus nach Lage der Sache gezogen werden müssen.

Verkauf von Edelobst.

Im Bezirk der Stadt Dresden sind durch das Königl. Kammeramt des Innern...

- Fruchtthaus Sombach, Smalenzstraße 9
Reichmann & Reichle, Prager Straße 15
Wessel & Friedrich, Smalenzstraße 15
Schreibners Fruchtthaus, Prager Straße 50
Farkert & Pehold, Seritzstraße 3
Dennig, Prager Straße 1
Robert Wenzel, Niederwaldring 7
Arthur Winkler, Neißestraße 42
Edolf Brunsel, Semmeringstraße 9
Obstverwertungsstelle des Rittergutes Theichwitz, Postzeitsstraße 7
Konrad Garjhein, Dresdner Obstmarkt, Prager Str. 24 u. Waldschlauer Str. 7

In anderen Stellen darf Obst als Edelobst oder zu Edelobstpreisen nicht zum Kleinfraß gelangen...

Dresden, am 2. November 1918.

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Ortskrankenkasse Köpfschenbroda. Ärztliche Sprechstunde

Mr. Kassensmitglieder und Familienangehörige am Werktagen von 8 bis 4 Uhr im Kassenlokal, Bahnhofsstr. 12 B. Besondere Besuche werden an Kassenstelle angenommen.

Saubenmeke and andere Saubene immer vorrätig, bei größeren Bestellungen höher Rabatt! Frau Emma Schulte, Nilsdruffer Str. 40, n.

Wädchen und Frauen die gut beschaffen, gesund, kräftig, mindestens 1,55 Meter groß und 18-50 Jahre alt sind, werden als Schaffnerinnen angenommen...

Silberhaar und Velour für Herbst u. Winter Gulhase

Dauerbrandlösen Kohlenparherde Kohlenkäufein Heizerlöcher Plattgloden

Seekwerk Schmiedeberg an der Bahn Hainsberg-Kipsdorf Für dauernde Beschäftigung gesucht: Dreher, Schlosser, Transportarbeiter, Arbeiterinnen.

Ernst Haedel: Die Welträtself Preis 2 Mark

Alfred Wagner Arbeiter im Schützen-Reg. Nr. 108, 2. Bat., 5. Komp. ist es mir ein Herzensbedürfnis, allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen...

Martin Emil Otto ist es mir ein Herzensbedürfnis, allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen...

Frau Selma Frauenlob geb. Gläfer durch Ihren Bestand, durch Wort und Schrift, Blumen- und Geldspenden und ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte ihre Teilnahme bezeugten.

Florchen Keller drängt es uns, allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank auszusprechen...

Flora Keller Die vom Baum die Blüten fallen, Wie sanft auch du hinab, Und so früh gingst du uns allen Schon voran ins liebe Grab.

Berichtigung. In der Danlungung der Familie Böhm...

Willi Kirchhof Dresden-K. (Vogelriet Str. 23), am 4. Novbr. 1918 In tiefer Trauer: Gise Kirchhof geb. Petrich als Gattin nebst allen Angehörigen.

Kach jahrelangem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied am 2. November meine liebe Frau, unsere bergengütige, treue Mutter, liebe Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau Anna Holbig geb. Mübger im 55. Lebensjahre.

Paula Schumann im blühenden Alter von 21 Jahren infolge Grippe und Lungenerkrankung. Dies geigen schmerzhaft an Birkwig, den 2. November 1918

Friedrich Gustav Meißner drängt es uns, allen lieben Freunden und Bekannten, die uns durch Wort und Schrift in diesen schweren Stunden zur Seite standen, den herzlichsten Dank auszusprechen...

Baula Schumann Birkwig. Wir verkleren in ihr eine gewissenhafte und umsichtige Verkäuferin, deren Andenken wir in Ehren halten werden.

Auguste verw. Raden. Dresden-K., Trandenberger Straße 10. Die trauernden Kinder im Namen der Hinterbliebenen

Zypressenzweig auf das Grab unserer viel zu früh erkrankten Jugendfreundin Flora Keller.

Sächsische Angelegenheiten. Republik und demokratisches Regime.

Ein Ausblick zur sächsischen Neuordnung.
Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Sozialdemokratie nach wie vor die Republik für die zweckmäßigste Staatsform hält; darüber ist in untrüblicher Klarheit die Meinung der sächsischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Frage ist nur, ob die Verhältnisse ein Einsetzen dieser Kräfte für die Erreichung dieses Zieles zur Zeit zulassen und ob dieses Ziel überhaupt überhaupt erreichbar ist. So steht es um die Frage der Demokratie in Sachsen. Sie ist in der Tat ein Problem, das sich nicht ohne weiteres lösen läßt. Es ist ein Problem, das sich nicht ohne weiteres lösen läßt. Es ist ein Problem, das sich nicht ohne weiteres lösen läßt.

Tiefen Aufmarsch der Partei zur Durchführung einer demokratischen Neuordnung erklärt, sich für unabhängig auszusprechen. Nach den von einem erfahrenen Parteimitglied abgelesenen Reden und Stellungnahmen auf dieser Seite wird mehr oder weniger deutlich, daß eine Vorüberwindung aller politischen Neuordnung im Jannar verlangt, die Republik an Stelle der bisherigen Regierungsform zu setzen. Dabei nimmt man gewöhnlich die parlamentarische Regierungsform nicht nur den Schwere, sondern auch das Blut des Volkes wert, und alle Reformen ganz bedeutungslos, solange sie nicht erreicht ist. Demokratie ist nicht einseitig, sondern eine Sache, die von allen Seiten nicht nur von unerschrockenen Parteimitgliedern, sondern auch von allen Parteimitgliedern, die sich gern zu geben, als wenn sie den Kampf um die Demokratie bestanden hätten. Etwas anders sieht die Lage aus, wenn es sich dabei um die Demokratie einer durch verfahrenen Parteimitglied handelt, erscheint es angebracht, diesen Verhältnissen näherzutreten, weil diese Politik in einer Zeit, die die Arbeiter anerkennen, nicht nur eine Verzerrung annehmen kann.

Die haben freilich keinerlei Anlaß, uns für die Krone einzusetzen und sich heute noch davon einseitig, geben vielmehr ohne Rücksicht auf, daß die Republik die beste Regierungsform wäre; doch muß auch betont werden, daß damit allein noch nicht viel, unter Umständen für das Volk gar nicht erreicht wäre. Reizen doch die Forderungen und ein Blick auf die Zustände in republikanischen Ländern, daß auch in Staaten, die gewählte Präsidenten oder ähnlich benannte Repräsentanten an der Spitze haben, das Volk in ähnlicher Weise verachtet sein kann. Wir brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen, schon die uns nahe liegenden Republiken Dänemark und Norwegen haben im Jahresverlauf deutlich gezeigt, daß ebenso rücksichtslos wie ungerecht die Verhältnisse sich mit der republikanischen Regierungsform vertragen und bei ihnen ein demokratisches Regime nicht nur die Regierungsgewalt völlig fehlen kann. Ganz anders sieht die Lage aus, wenn es sich um die Demokratie eines durch verfahrenen Parteimitglied handelt, erscheint es angebracht, diesen Verhältnissen näherzutreten, weil diese Politik in einer Zeit, die die Arbeiter anerkennen, nicht nur eine Verzerrung annehmen kann.

Ein Blick auf diese Verhältnisse ergibt sich, daß die republikanische Regierungsform allein kein Volk von Grund und Grund umzubringen kann. Wirklich ist die Republik die gerechteste Regierungsform demokratischer Staaten; aber das ist für die Volkswirtschaft nicht entscheidend. Entscheidend ist die Sicherung der wirtschaftlichen Einflüsse der auf einem gleichen Wahlrecht beruhenden Volkswirtschaft auf die Regierungsgewalt, also jene freiheitlichen Einrichtungen, die sowohl im Reich als in den einzelnen Staaten in erster Linie unter Führung der Sozialdemokratie erkungen oder angestrebt worden sind. Ohne diese Einrichtungen besteht auch in einer Republik kein entscheidender Einfluß des Volkes, sondern es unterwirft sich eine konstitutionelle Monarchie auf solcher freiheitlichen Grundlage und solchen Einrichtungen von einer demokratischen Republik nur dadurch, daß jene Form von dem Parlament gewählt wird.

Als durch freiheitliche Reformen der erwähnten Art ein freiheitliches Regime mit einer vom Parlament bestimmten Regierung an der Spitze entsteht, dann kann unter Umständen der Frage der Umgestaltung näherzutreten werden. Es mag sein, daß die Verhältnisse sich, die als nächsten Schritt die Einführung der parlamentarischen Regierungsform gebieten; ob das aber für Sachsen gilt, erscheint mindestens sehr fraglich. Hier ist es offenbar die Aufgabe, die demokratischen Einrichtungen zu sichern und weiter auszubauen, vor allem das parlamentarische Regime, das den maßgebenden Einfluß des Landtags auf die Regierung ermöglicht, durch ein gleiches, direktes Wahlrecht zu sichern und die ein gerechtes Gemeindeverhältnis, eine bessere Regierung und eine freiheitliche Regelung des Volkswirtschaftlichen Leben zu lassen. Vor allem aber ist zu berücksichtigen, daß das neue freiheitliche Regime alle Hände voll zu tun haben wird, sich gegen die konservativen Einflüsse in den verschiedenen Regierungskreisen und den politischen und auch offenen Widerstand der konservativen Kreise in den wichtigeren Verwaltungsinstitutionen, vor allem den Kreis- und Amtshauptmannschaften, zu behaupten. Verschiedene Vorgänge im Reich zeigen schon, mit welcher reaktionärer Gegenarbeit zu rechnen ist, und alle Kräfte aufgebracht werden müssen, dagegen erfolgreich gekämpft zu sein. Je entschiedener die demokratische Regierung, desto stärker werden auch jene Widerstände sein, desto mehr werden die einer einmaligen Revolution erwünschten Einrichtungen, desto mehr Klugheit und Geschlossenheit müssen aber auch an der Front für die Neuordnung geübt werden.

In solcher Situation könnte eine unangelegte Republikanisierung der Regierung leicht verfaßt werden und viel aus der reaktionären Mächte gehen. Die für ein gerechtes, demokratisches Regime träumen. Jedenfalls aber würde erwiesenermaßen, daß die oben erwähnten Widerstände erheblich verstärkt und die offenen und verdeckten Widerstände in einschneidenden Stellungen abgebaut und damit gefährlicher würden. Warum ist dieses notwendig, ist ein Gebot der Zeit wie Entscheidungskraft bei Durchsetzung der Maßnahmen, die für die demokratische Regeneration und die Volkswirtschaften sind. Das gilt aber unter den derzeitigen Verhältnissen weitgehend für Sachsen nicht von der republikanischen Staatsform. Gegenüber ist auch die Frage, wieviel erreicht werden kann, wenn wir alle Parteien loslassen, die zum Sturz vieler Leute geworden ist, die das „neue Bekenntnis“ nicht verstanden haben, von

untergeordneter Bedeutung, ganz abgesehen davon, daß Präsidenten auch Kautschukentzündung demotigen und demokratische Regierungen im allgemeinen keinen geringeren Aufwand erfordern wie ein anderes Regime.

Am liebsten aber gefährden jene von allem Verantwortlichkeitsgefühl unabhängigen Leute die freiheitlichen Einrichtungen, die, sei es mit dem trügerischen Hilfsmittel der Republik oder unter anderem Vorwande, unter den derzeitigen Verhältnissen die gewaltsame Erhebung predigen und die bereits errungenen Freiheiten in der Hoffnung, daß ihnen nun nichts mehr passieren kann, in kläglicher Weise mißbrauchen. Sie graben dem demokratischen Ausbau Fallgruben und arbeiten der Revolution in die Hände. Auf diese Weise kann nichts erreicht werden wie die Demokratie, das Chaos; wohl aber würden die demokratischen Einrichtungen wie unsere Nahrungsmittelorganisation gefährdet und das nach Freiheit und Brot lebende Volk reaktionären Rückschlägen und schlimmsten Rädien entgegengesetzt werden.

Verpflichtung der Schulgemeinden zur Zahlung von Teuerungszulagen.

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, daß es in Sachsen noch Gemeinden gibt, die ihren Lehrern die Teuerungszulagen vorenthalten haben. Besonders gravierend war der geradezu skandalöse Fall in Dippoldsdorff bei Dresden, wo der Gemeindevorstand die Ablehnung der Teuerungszulagen an den Lehrer des Ortes mit besonderem Eifer betrieb, obwohl er sich selbst mehrmals erhebliche Gehaltszulagen verschafft hatte. Dabei zählt Dippoldsdorff zu den steuerlich gut gestellten Gemeinden. Ähnlich wie der Schulvorstand in diesem Orte haben sich noch 28 andere Schulgemeinden im Lande verhalten, wo den Lehrern die Teuerungszulagen auch noch vorenthalten worden sind und wo auch alle Verhandlungen und sonstigen Einwirkungen keine bessere Einsicht ausgelöst haben.

Um den Zustand zu beheben, daß in 24 Gemeinden Sächsens die Lehrer ohne Teuerungszulagen hungern müssen, hat das Kultusministerium einen Bescheid erlassen, durch den die Schulgemeinden verpflichtet werden, ihren Lehrern Teuerungszulagen nach demselben Grundsatze und in dem gleichen Umfange zu gewähren, wie sie der Staat den staatlichen Angestellten jeweils erteilt.

Zu den Teuerungszulagen erhalten die Gemeinden vom Staat Zuschüsse, und zwar, wie früher, ein Drittel, wenn das Schulvermögen 50 Proz. der Staatssteuer der Gemeinde beträgt, zwei Drittel, wenn dieses Verhältnis 75 Proz. und zum vollen Betrage, wenn die Belastung der Schulgemeinden 75 Proz. übersteigt.

Diläten für Bezirksauschuhmitglieder.

Den Mitgliedern der Bezirksauschuhstände stand letzter nur ein Ansporn auf Erfolg der Reiseflohen zu, dagegen wurden ihnen Tagelöhner nicht gewährt. Das ist nach der Meinung der Regierung nicht mehr aufrecht zu halten, seitdem die Sitzungen dieser Ausschüsse häufig stattfinden müssen und auch von längerer Dauer sind. Daher soll einem Dekret Nr. 88 zufolge das Organisationsgesetz in seinem § 14 Abs. 1 dahin abgeändert werden, daß den Mitgliedern des Bezirksauschuhes als Entschädigung für ihren Aufwand Tagelöhner und Erfolg der Reiseflohen gewährt werden sollen.

Stadt-Chronik.

Ernährungsschwierigkeiten der Vorortsgemeinden

Auf dem letzten Bezirkstage der Amtshauptmannschaft Dresden-Altschloß wurden auch die Ernährungsschwierigkeiten in den Dresdner Vorortsgemeinden besprochen. Gemeindevorstand Kretschmer (Stein) sprach die Aufmerksamkeit der Amtshauptmannschaft auf die Verschärfung der Suppen, die von der Waren-Einkaufsgesellschaft verteilt wurden. Wenn man auf den Boden der Häuser kommt, habe man nichts weiter als Sand herauszuschöpfen. — Gemeindevorstand Heintz (Löhren) führte Klage über die Minderwertigkeit des Brotes, für die er das Nachbrotverbot verantwortlich machen zu sollen glaubte. Der Souverän bliebe jetzt zu lange stehen, was einen ungünstigen Einfluss auf den Gärungsprozess ausübe. Dann machte er darauf aufmerksam, daß in vielen Fällen die Gemeindegewerkschaften nicht in der Lage seien, den Kranken die ärztlich verordneten Nahrungsmittel zu verabfolgen, weil sie kaum keine Vorräte hätten. Das führe bei bedauerlicherweise oft zu unheilbaren Austritten und es sei deshalb unbedingt notwendig, den Gemeinden größere Mengen Nahrungsmittel zu überweisen.

Der Amtshauptmann meinte, daß in bezug auf die Nahrungsmittel gerade jetzt die ungünstigste Zeit sei, er hoffe, daß sich schon im November die Verhältnisse bessern würden. Ferner solle im Anhang der Vorrede noch nachgegangen werden. — Gemeindevorstand Lorenz (Friedrichs) erklärte darüber Besorgnisse, daß in zahlreichen Fällen die Patienten die Lebensmittel zu spät angewiesen erhalten. Der Bezirksarzt sollte etwas schneller arbeiten. Oft vergingen zehn Tage, ehe die Nahrungsmittel an die Kranken kommen. — Sanitätsrat Bernbacher (Sonderode) hielt das jetzige System für ausgezeichnet (1). Sowie Nahrungsmittel, wie die Patienten haben wollten, ständen den nicht zur Verfügung. Das Umkaufen der Zeugnisse müsse freilich etwas schneller gehen. Den Bezirksarzt tröste aber keine Schuld, er gäbe die Zeugnisse sofort weiter. Das von den meisten Vätern des Bezirks jetzt hergestellte Brot sei direkt ungenießbar. Der Gemeinde werde dabei krank und der Kranke wisse überhaupt nicht, wie er sich noch ernähren solle, da zur Herstellung von Weißbrot es an Weizenmehl fehle. Die Bäcker hätten übereinstimmend die schlechte Verkaufsbilanz auf die ihnen zugewiesenen Streckungsmittel zurückgeführt. Dr. Bernbacher bestätigte, daß, obwohl die ärztlichen Zeugnisse sofort geprüft würden, oft 14 Tage vergehen, ehe die Patienten etwas an Nahrungsmitteln erhalten können. Die Kranken könnten eher sterben, als daß sie etwas bekämen. Das sei gegenwärtig, wo es sehr viele Fälle schwerer Lungenerkrankung gäbe, ein recht bedenklicher Zustand. In dringenden Fällen könne allerdings der Gemeindevorstand den sich heraus etwas Nahrungsmittel beschreiben (Barufer; Wenn er etwas hat).

Der Amtshauptmann erklärte, daß zur Brotherstellung verwendete Streckungsmittel werde der Amtshauptmannschaft zugewiesen und sei gesundheitlich ganz einwandfrei. Wenn die Qualität des Brotes zu wünschen übrig lasse, sei dies höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß das Mehl aus der neuen Ernte zu feucht sei. Die Bäckereien habe nun besonders Vorvorrichtungen angefertigt, so daß man nun wohl besseres Brot erwarten dürfe. Der Amtshaupt-

mann versprach noch, für eine Beschleunigung des Umlaufes der ärztlichen Zeugnisse sorgen zu wollen. — Milchbesitzer Eggert (Deuben) hielt eine chemische Untersuchung des Mehles für wünschenswert, da es möglicherweise gesundheitsgefährliche Bestandteile enthalte. — Auch dieser Antrag soll entsprochen werden.

Zur Kartoffelnot.

Auf die Wünsche, die der Bezirksauschuh Dresden des Kriegsauswahls für Konsumenten-Interessen bezüglich der Kartoffelversorgung in der Tagespresse veröffentlicht, erwidert das Ministerium des Innern folgendes:

1. Eine durchgreifende Erfassung aller verfügbaren Kartoffeln bei den Erzeugern ist in Sachsen bereits im Gange, und dort, wo die freiwillige Ablieferung auf Schwierigkeiten stößt, wird sie im Wege der Enteignung durchgeführt. Selbstverständlich legt dies eine genaue Feststellung der vorhandenen Bestände voraus, bei der zweckmäßig auch Verbraucher mit herangezogen werden, wie dies bereits in den letzten Jahren auf ausdrückliche Anweisung des Landeslebensmittelsamts überall geschehen ist. Allerdings ist eine gründliche Bestandaufnahme gegenwärtig vielfach nicht möglich, weil die Kartoffelernte auf größeren Gütern teilweise noch nicht beendet ist.

2. Alle Erzeuger, denen eine Ueberlieferung der Kartoffel bei der Abgabe von Kartoffeln nachzuweisen ist, sind bisher unmaßsächlich zur Anzeige gebracht worden, und es wird dies auch in Zukunft so geschehen. Zu vermissen ist hierbei leider noch wie vor eine wirksame Unterstützung der Behörden aus den Kreisen der Verbraucher durch Anzeige vorkommener Summenhandlungen.

3. Die gleichmäßige Belieferung und Versorgung aller Gemeinden in Sachsen ist auch für die Landesverteilung das erstrebenswerte Ziel. Bei der praktischen Durchführung ergeben sich indesens hierbei unüberwindliche Hindernisse, die ihren Grund in den bestehenden Transportverhältnissen haben. Jedenfalls aber ist die Annahme, daß hierdurch besonders die Großstädte benachteiligt würden, für Sachsen durchaus unzutreffend.

4. Der Wegfall der Brotstreckung mit Kartoffeln ist auch schon in Erwägung gezogen worden. Wenn hierbei eine Verminderung der Brotration vermieden werden soll, ist eine Erhöhung der auf den Kopf auszuwerfenden täglichen Mehlmenge oder Ersatz durch andere Streckungsmittel erforderlich. Beides ist zur Zeit nicht angingig. Die Annahme, daß unsere Körnerernte eine solche Maßnahme zuläßt, trifft nicht zu.

Endkampf und Geldhamster.

Ausreiterpartei und sonstigen Kleinlaut gewordenen Eroberungsschreier machen unentwegt Propaganda für theatralisch-patetische Aufrufe zur nationalen Verteidigung und geloben selbst ihr Leben, Gut und Blut an Deutschlands Rettung vor Schmach und Niederlage zu setzen. Aber eben diese Verkündiger neuen Kampfwillens haben nicht einmal soviel Einfluß auf ihre Gefolgschaft, um sie vom Kommando von Banknoten zurückzuhalten. Die Leidenschaft, Papiergeld bei sich zu Hause aufzuspeichern, geht ja zu den kostbarsten Banquierleistungen des Krieges. Denn wenn schon einmal alles drunter und drüber ginge, wären doch diese gedruckten Fettel zu Hause auch keinen Fernig mehr wert, als das Konto bei der Bank oder die Reichsanleihe im Tresor. Aber so unverständlich gerade diese Gier ist, so gefährlich ist sie auch; haben doch heute schon Arbeitgeber große Schwierigkeit, das nötige Bargeld zur Lohnzahlung aufzutreiben, und die Frankenkassen wissen kaum noch, woher sie für die Opfer der Grippe das Krankengeld nehmen sollen.

Der stellvertretende General des 6. Armeekorps und die Kommandanten von Breslau und Glatz haben eine Anordnung erlassen, nach der es verboten ist, Papiergeld über den laufenden Bedarf hinaus einzusammeln. Bereits angekauftes Papiergeld ist umgehend dem Verfehr wieder zuzuführen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. — Ob das helfen wird?

Tabaknot.

Zigaretten aus Tabakerfas.

Mit dem 1. November ist das deutsche Tabakerfas- und damit unsere Tabakversorgung in ein kritisches Stadium getreten. Infolge des Rohstoffmangels mußte eine Einschränkung der Zigarettenproduktion auf die Hälfte der bisherigen Herstellung für diesen Zeitpunkt in Aussicht genommen werden. Damals bestand aber wenigstens noch die Aussicht, daß uns die Zigarette in vollem Umfang erhalten bleiben würde. Diese Hoffnung ist nun durch den Zusammenbruch unserer Bundesgenossen auf dem Balkan zu nichte geworden. Zwar liegen in Bulgarien für 200 Millionen Mark von uns gekaufter Zigarettenrohstoffe, doch können wir vor der Hand infolge der politischen Verhältnisse darüber nicht verfügen. Infolgedessen ist die Zigarettenfabrikation auf die im Inland befindlichen Vorräte angewiesen, und da heißt es nun ebenfalls, sparsam zu wirtschaften.

Nachdem schon am Anfang dieses Jahres die Zigarettenproduktion eine Einschränkung um 15 Prozent erfahren hatte, ist sie durch eine vor wenigen Tagen erlassene Bundesratsverordnung vom 1. November an um weitere 35 Prozent verfürzt worden, gegen das Vorjahr also etwa um die Hälfte. Um nun eine möglichst große Stückzahl zu erreichen, sind die Zigarettenfabriken gezwungen, den Tabakinhalt der einzelnen Zigaretten nach Möglichkeit zu verringern, d. h. sie müssen dünnere oder kleinere Zigaretten herstellen, vor allen Dingen solche mit Mundstück, zu denen nur etwa halb soviel Tabak gebraucht wird wie zu einer früheren Normalzigarette ohne Mundstück. Der Mangel an Tabakwaren dürfte jetzt seinen tiefsten Stand erreicht haben und nach dem hoffentlich bald erfolgenden Friedensschluss behoben sein.

Weitere Erhöhung der Soldatenführung.

Von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstag der Antrag gestellt worden, die Löhnung der Mannschaften zu verdoppeln und die der Unteroffiziere und der Beamtenstellvertreter um 50 Prozent zu erhöhen. Der Antrag ist zur Zeit noch nicht erledigt; aber es darf als sicher angenommen werden, daß bereits in den nächsten Tagen eine anderweitige Regelung der Mannschaftslöhnung erfolgt, und zwar besteht die Absicht, den Soldaten höhere Zulagen zu geben, die zur kämpfenden Truppe gehören. Außerdem will man auch, soweit es irgendwie geht, die belohnten Offiziere.

Fischen verbieten. Mit letzterer Maßnahme würde zweifellos erreicht werden, daß das Essen, das den Soldaten verabreicht wird, eine Verbesserung erfährt, sobald die Offiziere benötigt sind, mit aus dem gleichen Kessel zu essen. Daß diese Erhöhungen Geld kosten, ist klar. Schon die große Zahl der Mannschaften, die in Frage kommt, bringt es mit sich, daß die Veranlassung sehr gewaltig ist; aber der Standpunkt der Sozialdemokratie war es stets, wenn schon geopfert werden soll, dann dürfen jedenfalls nicht die Mannschaften das Objekt dieser Sparlosigkeit darstellen. Man wird nun abwarten müssen, wie hoch die Zulagen sind, die den Truppen bewilligt werden.

Schwere Wundt.

Aus Sorge um Beschaffung von Bettwäsche für die bevorstehende Heimat beging die wegen Diebstahls gefurteilte 21jährige Arbeiterin Alma Gertrud Pank aus Oßchat in der Nacht zum Sonntag im Hause Rühnigstraße 10 eine schwere Wundt. Sie mußte, daß die in genanntem Hause wohnhafte Arbeiterin J. im Besitz guter Bettwäsche war. Diese beschloß sie sich durch einen Einbruch zu verschaffen. Während die J. auf Nachtschlaf arbeitete, bei einer Hausbesucherin bemerkte sie sich über die Abwesenheit der J. und entdeckte die Rückkehr der J. abzuwarten, um sie um freiwillige Ueberlassung der Wäsche zu bitten. Da die Rückkehr der J. erst jetzt zu erwarten war, forderte Frau Pank die Wäsche aus dem Koffer auf, mit zu ihr zu kommen und bei ihr über Nacht zu bleiben. In der Wohnung bemerkte die Pank, daß auch Frau Pank im Besitz guter Bettwäsche war, und beschloß, sich diese anzueignen. Als Frau Pank eingedrungen war, stand sie auf und schlug mit einem mitgebrachten Stein auf Frau P., die sich trotz ihrer erheblichen Verletzungen der Pank zu erwehren vermochte, bis auf die Hülfe der Hausbesucherin bezugnahmen und die Polizei verständigten. Die Pank wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Die Arbeiten zur Einmahlung von Kartoffeln auf dem früheren zum Stammergut Ostra gehörigen Gelände entlang der Bremer Straße in Friedrichstadt werden gegenwärtig eifrig betrieben. Auf dem mittleren Teile der weiten Fläche erblickt man bereits eine größere Anzahl der über 100 Meter langen Rieken. Die Anbauarbeiten werden zunächst mit Stroh und dann bis zum oberen Rande mit einer leichten Erdschicht bedeckt. Nach dem sogenannten Abdampfen wird die Erdbede bis auf 60 Zentimeter verhärtet, so daß der Inhalt gegen aufsteigende Erde, Schnee und Eis geschützt bleibt. Auf dem hochliegenden, jetzt nahezu völlig fertiggestellten Industriegelände kommen täglich etwa 15-18 Waggons aus den verschiedensten Gegenden der Provinz Polen an. Wenn die Eingänge an Kartoffeln und die Witterungsverhältnisse es zulassen, beabsichtigt das Lebensmittelamt der Stadtgemeinde Dresden, hier etwa 200 000 Zentner Kartoffeln einzulagern. Sinsu kommen weitere 30 000 Zentner, die auf der Schlaßhof-Insel eingemietet worden sind. Im Vorjahre waren auf Seebühler Flur nur 127 000 Zentner untergebracht worden. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von etwa 30 000 Zentner in der Woche durch die Bevölkerung Dresdens werden hier also für die Zeiten, wo möglicherweise Stockungen in den Eingängen der Kartoffeln erfolgen, erhebliche Reserven zur Verfügung stehen.

Weitere Erhöhung der Druckpapierpreise. Die Reichsstelle für Druckpapier erhöhte für die Zeit vom 1. November 1918 bis 31. März 1919 den Ausschlag für Rollenpapier auf 42,25 M., für Formatpapier auf 46,25 M. für je 100 Kilogramm. Die Preissteigerung betrifft maschinenglattes, holztaugliches Druckpapier für Tageszeitungen.

Kriegsbeschädigten-Verkehr. In der Erntemengenschule Döbertstraße 45 findet von Mitte November an ein zweiter vierwöchiger Lehrgang für Hausverwalter in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr statt. Außer den Lehrern der Erntemengenschule wird noch von Oberlehrer Ingenieur Sebald Unterricht über elektrische Anlagen erteilt. Kriegsbeschädigte wollen sich vom 11 bis 12 Uhr oder nachmittags 6 bis 6 Uhr (außer Sonnabends) in der Geschäftsstelle Neues Rathaus, Zimmer 42, melden.

Eine Messe für den Verräter Karl. Die österreichisch-ungarische Gesandtschaft (die weber legitimiert ist von Österreich noch von Ungarn) kündigt an, daß am heutigen Montag in der hiesigen katholischen Kirche zur Feier des Namensfestes S. M. des Kaisers und Königs Karl eine Messe gelesen wird. Kaiser wovon? König wovon? Von Jerusalem? Diefen schönen Titel hat Karl ja auch. Vielleicht schlägt er sein Dombuch dort an, denn der Vierverband ist ihm eigentlich zu großem Dank verpflichtet und muß ihn irgendwo nutzbringend verwenden.

Tanzunterricht verboten. In Ergänzung der Verfügung vom 26. Oktober 1918 wird von der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt angeordnet, daß das wegen Zunahme der Erkrankungen an Grippe erlassene Verbot für öffentliche Veranstaltungen sich auch auf Tanzunterricht und Tanzstundenkränzchen erstreckt.

Das Gastrecht der Bulgaren. Unter den in Deutschland befindlichen Bulgaren ist die Ansicht verbreitet, daß sie demnach als feindliche Ausländer behandelt und interniert werden. Demgegenüber sei ausdrücklich festgesetzt, daß trotz der Entfernung aller Deutschen aus Bulgarien von deutscher Seite nicht beachtlich wird, den hier lebenden Bulgaren das Gastrecht zu kündigen.

Im Reich der Papiernot veröffentlicht der Verlag von H. E. Wils in Leipzig im Buchhändler-Vereinblatt folgende Anzeige: „Zooeben erschienen: Fortleben nach dem Tode und Beschreibung des Jenleis durch Verstorbene. Mit 32 Geisterphotographien und 48 naturwissenschaftlichen Abbildungen.“ Im Inhaltsauszug werden Mitteilungen von fünf berühmten Gelehrten angeführt. — Für solchen Blödsinn bewilligt die Papierverteilungsstelle Druckpapier, während die Zeitungen die größte Not leiden und zahlreiche Kulturwerke wegen Papiermangels überhaupt nicht erscheinen können.

Die Verzögerung der Feldpostbriefe. Im Hinblick auf mehrfach laut geordnete Klagen über eine verlangsamte Beförderung der Feldpostbriefsendungen von der Front nach der Heimat wird darauf hingewiesen, daß eine etwaige Verlangsamung in der Ankunft dieser Sendungen darin ihren Grund hat, daß die Truppen vielfach bei den gegenwärtigen großen Kämpfen ihre Post nicht Zug um Zug bei den Feldpostanstalten ausrufen können, und daß auch die Zugbedürfnisse und die dadurch verursachten Beförderungsschwierig-

keiten auf der Eisenbahn eine Verzögerung in der Ankunft der Feldpostbriefsendungen unvermeidlich machen.

Lebensmittellkartenabgabe bei Aufnahme in ein Krankenhaus. Das kaiserliche Lebensmittelamt bringt erneut in Erinnerung, daß Personen, die ein Krankenhaus oder eine Klinik aufsuchen, ihre sämtlichen Lebensmittellkarten sofort bei der für sie zuständigen Vertrauensperson für die Lebensmittellkartenabgabe hinterlegen müssen. Die Hinterlegung wird polizeilich überwacht. Wer die Karten nicht hinterlegt, macht sich nach § 43 der Bekanntmachung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung vom 25. September 1916 strafbar. Die auf die Zeit des Aufenthalts in einem Krankenhaus oder einer Klinik entfallenden und nicht abgegebenen Karten werden dem Kranken nach seiner Entlassung bei der nächsten Lebensmittellkartenabgabe gekürzt. Auswärts Wohnende haben die Lebensmittellkarten auf dem Gemeindeamt abzugeben.

Verkauf von Edelobst. Durch die Landesstelle für Gemüse und Obst sind in Dresden zwölf Verkaufsstellen für Edelobst bestimmt worden, die in einer im Anzeigenteil erscheinenden Bekanntmachung namhaft gemacht werden. An anderen Stellen darf Obst zu Edelobstpreisen nicht verkauft werden.

Freie öffentliche Bibliothek Dresden-Flauen. Wegen Erkrankung des Personals bleibt die Bibliothek bis zur Beseitigung der Wiedereröffnung geschlossen. Die Leihfrist für die entlehnten Bücher ist bis dahin verlängert.

Eine Besichtigung des Wagmann wird in der laufenden Woche neben Bildern von Salzbu, Verkehrsgebäude und dem Königsloch im Kaiser-Panorama, Königsbrücker Str. 3, gezeigt.

Vermischte Nachrichten. Festgenommenes Doppelmörder. Der Gelehrte Paul Weh, der in der Nacht zum Dienstag zwei in einem öffentlichen Hause zu Jena wohnende Mädchen ermordet und getötet hatte, ist von der Dresdner Polizei mit Hilfe von Militärpersonen festgenommen und dem Militärgericht zugeführt worden. — Die Feuerwehr wurde gestern früh nach der Jenaer-Markt-Str. gerufen, wo eine hiesige Frau durch aufgedrängtes Gas die Bewußtlosigkeit verlor. Die Wiederbelebungsvorrichtung brachte keinen Erfolg. — Ein gleitender Unglücksfall wurde von einem Grundriß der Gießerei gemeldet, wo ein 60jähriger Mann und eine 63jährige Frau durch Gas betäubt aufgefunden wurden. Auch hier waren die Wiederbelebungsvorrichtungen erfolglos. — In einer Privatschule für Schwachsinnige fand man zwei Schüler lebenslos. Es zeigte sich, daß Wasserergießung vorlag. Der eine war bereits tot, der zweite konnte ins Leben zurückgerufen werden und wurde ins Friedrichshölzer Krankenhaus gebracht. — 600 M. Besoldung. In der Nacht zum 1. November wurde aus dem Hause der Wöhlke Dainberg (B. Wehnert) ein dunkelbrauner Wallach gestohlen; ferner das Arbeitsgeschirr und ein alter ländlicher Reitwagen ohne Feder. Für sachdienliche Mitteilungen sind 500 M. Besoldung

Hilfssdienstgesetz und Schlichtungsausschuss.

Ueber dieses Thema sprach in der Versammlung des Dresdner Gewerkschaftsrats am 1. November im Volksklub Genosse M. Haas. Einleitend führte er aus, daß voraussichtlich schon in kurzer Zeit mit dem Erläutern des Hilfssdienstgesetzes zu rechnen sei. Wenn es vom Bundesrat nicht schon früher aufgehoben werde, trete es automatisch einen Monat nach Inkrafttreten außer Kraft. Tatsächlich veriere es seine Wirkung schon durch das mit dem Einlegen der Mobilisierung verbundenen Anschließens der Arbeitstätigkeit. Heute handele es sich daher im wesentlichen um die Festsetzung der in den Schlichtungsausschüssen erworbenen Erfahrungen und ihre Ausarbeitung für die Einsetzung der Rechtsprechung im neuen Arbeitsmarktergesetz, obwohl diese Rechtsprechung auf eine ganz andere Grundlage als im Hilfssdienstgesetz gestellt werden müsse.

Die Wirksamkeit des Schlichtungsausschusses bei der Schlichtung von Streitigkeiten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird im § 13 des Hilfssdienstgesetzes geregelt. Der Schlichtungsausschuss hat die Aufgabe, zu entscheiden, bei Streitigkeiten, in denen eine Einigung zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern nicht zu erzielen ist, schlichtend eingzugreifen und den Streitgegenstand eventuell durch einen Schiedspruch aus der Welt zu schaffen. Die Vorbereitung für ein erfolgreiches Wirken des Ausschusses in dieser Richtung lag immer in der gemeinschaftlichen Organisation der Arbeiter, die es anging. Bei ungenügender Organisation und mangelnder gemeinschaftlicher Schulung war die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen immer schwerer als bei einer gutorganisierten, geschlossenen Arbeiterschaft, die von dem durch einen Schiedspruch ausgesprochenen Rechte der Einforderung des Arbeitslohns auch vollen Gebrauch zu machen verstand. Auch die gute und wirksame Vorbereitung von Verhandlungen und ihre anschließende Begründung durch zuverlässiges Material ist eine gute Organisation voraus. Ebenso werden die Arbeiterausschüsse, die nach dem Hilfssdienstgesetz über jede Verhandlung mit dem Unternehmer zu verhandeln haben, besser in die Schlichtungsausschüsse gelangen kann, wenn durch erfolgreiche Vorarbeit leisten können, wenn sie sich auf eine gut organisierte Arbeiterschaft stützen können und von gesundem gewerkschaftlichem Geist erfüllt sind. Berman hat es aber leider in vielen Fällen gefehlt. Das Instrument der Arbeiterschaft kann zwar sehr wertvoll sein, aber die Arbeiterschaft muß es auch zu handhaben verstehen. Da die Arbeiterschaft auch in Zukunft große Bedeutung haben werden, muß darauf gesehen werden, sie demotisch aufzubauen und gut auszubilden, damit dieses Instrument für die Arbeiterschaft auch wirklich gebrauchsfähig wird. Wir müssen immer mehr darauf hinwirken, daß zu den Ausschußverhandlungen in den Betrieben Gewerkschaftsvertreter herangezogen werden, da die Verhandlungen dann erfahrungsgemäß weit fruchtbarer sind, als wenn sich der Arbeiterschaft selbst überlassen bleibt.

Da die Arbeiter in vielen Fällen von dem Recht der Freizügigkeit, das ihnen ein Schiedspruch ausmacht, nicht Gebrauch machen, mühten sie oft vergeblich, die Fällung von Sprüchen zu vermeiden und dem Arbeiter durch Schlichtung und Vermittlung zu seinem Rechte zu verhelfen. Dabei wurde auch in formalisierten Fällen die Angelegenheit an den Betrieb zur nochmaligen Verhandlung zurückverweisen, mit dem Hinweis, daß sich der Unternehmer mit der Organisationsleitung im Einvernehmen setzen solle. Wenn trotzdem keine Vereinbarung zustande kam, verlegte der Schlichtungsausschuss durch eine aus einem Unternehmer- und einem Arbeitervertreter bestehende Abordnung in dem Betriebe unter Zugrundelegung des Arbeiterschaftsausschusses und der Gewerkschaft eine Einigung zu erzielen. Solche Verhandlungen sollten als Verhandlungen des Schlichtungsausschusses, so daß dem Arbeiter die Beteiligung eines Mandatare möglich war. So haben die Gewerkschaftsvertreter Einblick in Betriebe erhalten, die ihnen vorher vollständig verschlossen waren. Das wird auch in den Arbeitskammern angestrebt werden müssen, denn wenn diese Versprechungen leisten sollen, dann wird die Aufklärung ihrer Richtlinien und Beschlüsse im Kleinen durch direkte Verhandlungen zwischen Unternehmer und Gewerkschaftsmännern werden müssen.

Wenn die Gewerkschaften durch händige Stärkung und Schulung ihren Einfluß immer mehr erhöhen, dann wird das Verhandeln zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in den einzel-

ausgesetzt. — Auf der Linie Dresden-Vohdenbach-Petersitz ändern sich von Sonntag den 3. November an die Fahrpläne zwischen Schandau und Vohdenbach-Petersitz. Räderreisende auf allen sächsischen Stationen angeblich freier Ausgang. — 352 000 Mark für das rote Kreuz. In Dresden erreichte die Vahnsammlung des Roten Kreuzes des Sächsischen Roten Kreuzes am 1. und 2. November nach vorläufiger Zusammenstellung 40 000 M. Außerdem sind beim Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz bisher unmitteibar 312 000 M. in bar und Wertpapieren eingegangen. — Auf ein 75jähriges Bestehen kann am Sonntag den 11. November d. J. die bekannte Porzellanfabrik Woldemar Schmidt & M. H. in Dresden-Neustadt zurückblicken. — Die Sächsische Reiseagentur Dresden-Flauen verteilt 12 Prozent Zinsen, während 10 Prozent im Vorjahre. — Die König-Friedrich-August-Mühlwerk, Akt.-Ges. in Tölgelitz, verteilt ebenfalls eine Dividende von 2 1/2 Prozent (15 Prozent im Vorjahre). — Eine neue Zigarettenfabrik ist in Dresden unter der Firma Dresdner Zigarettenfabrik W. M. H. O. begründet worden. Das Stammkapital beträgt 800 000 M.

Aus der Umgebung.

Flaunischer Grund. Der Bezirksrat genehmigte den Verkauf der Grundfläche der Gemeinnützigen Stiftung im Vertikarunde in Döllitz an den Verein für Wald-erholungsstätten und die Aufrechterhaltung der Wirtschaft des Bezirksverbandes für zwei dem Verein von der Landesversicherungsanstalt gemährte Darlehen von zusammen 51 000 M. Dem Bezirksverband wird eine Versicherungskasse von 50 000 M. eingeräumt. In das Wald-erholungsheim sollen in erster Linie im Bezirk wohnhafte Personen aufgenommen werden.

Stroh. Auf Oktoberabend fand die Landeskonferenz der Dienstmägler am 5. November in den Produktionsstätten 140 Stamm Quart zum Besitze von 35 M. geleistet.

Büchlein. Die aus-gegebenen Karten können bis 5. d. M. in den Geschäftsstellen zur Verleierung angefordert werden. Dienstag den 5. d. M. kommt Bezirksrat in Remdes Gut von 8 bis 12 Uhr zum Verkauf. Donnerstag den 7. d. M. steht der Gemeinde ein kleines Haus am Kohl am Schächel zur Verfügung. Die Abstreperung der Bebauung erfolgt Mittwoch den 6. d. M., beim 11 Uhr, im Gemeindeamt. Die Anweisung der Karte ist für den 1. d. M. in den Geschäftsstellen zu erfolgen.

Dresden. Hergestellt abgabe heute Montag, vom 9 bis 10 Uhr, in der Hochbahn von Friedrichsberg. Vollerhalt 1 bis 100 M. der gelben Karte (Ordnungsnummer 1 bis 100) mit 1/2 Pfund und Vollerhalt 1 der roten Karte (Ordnungsnummer 1 bis 60) mit 1 Pfund. Verkaufspreis 1.60 M. für das Pfund.

Briefkasten.

B. G. Weidenstraße. Sie können sollen Schadenersatz fordern und die Schmelzerin daraufhin eventuell auch verklagen.

nen Verufen zur Regelung der wichtigsten Fragen des Arbeitsverhältnisses führen und dadurch schon ein erheblicher Teil des Aufgabensbereichs bearbeitet werden, den wir früher dem Arbeitsmarktergesetz vorbehalten wollten. Die politische Entwicklung und ihre Rückwirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht werden und auf dem Wege des direkten Verbandes wird in Zukunft leichter vorwärts zu kommen, als es früher jemals möglich war. Die Arbeitskammern werden daher für und nicht gegen die große Bedeutung haben, die sie unter den alten Verhältnissen für und gehabt hätten. Die Stärkung der Gewerkschaften bildet die Hauptaufgabe.

In der regen Aussprache forderte zunächst Genosse Ratz die Sicherung der vollen Öffentlichkeit und die Zugabe der Presse zu den Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse auf Grund des zukünftigen Arbeitsmarktergesetzes. Die Arbeiterschaft müßte allerwärts der Neuwelt unterstellen und die Arbeiterschaftsmittelglieder müßten besser gegen Unternehmervandalen geschützt werden als bisher. — Genosse Buch erklärte sich ebenfalls für vollen Öffentlichkeit der Verhandlungen und wies darauf hin, daß Unternehmer und Arbeiterverbände, die früher jede Verbindung mit den Gewerkschaften ablehnten, jetzt selbst Fühlung mit ihnen suchen. Wenn auch diese gegenseitige Arbeit als Arbeitskammergesetz nicht mehr so dringlich erscheinen lasse, so würde es doch insofern nicht immer so bleiben und eine öffentlich-rechtliche Arbeitskammer nach dem Entwurf der Generalkommission müßte doch bestehen bleiben. — Genosse Hauske behandelte einige Einzelheiten des Schlichtungsausschusses, aus denen auf Strömungen geschlossen werden müßte mit denen die Arbeiterschaft nicht einverstanden sein könne. — Genosse Rau er forderte eine energische gemeinschaftliche Auffklärung und Organisationsarbeit, da sich bei einer ungeschulten Arbeiterschaft auch die besten gesetzlichen Bestimmungen als wirkungslos erweisen. Das letztere die Arbeiterbestimmungen, mit denen der Unternehmer ganz willfährig verfähre, wenn die Arbeiter nicht auf dem Posten seien. Dem Schlichtungsausschuss fehle die Erklärungsansätze, die den zukünftigen Schlichtungsausschüssen gesichert werden müßte. Auch müßte die Frage der Berufung gegen die Entscheidungen geprüft werden. — Genosse Witzner führte aus, daß die Schiedsprüche nur für den Unternehmer nicht zureichend seien, wohl aber für den Arbeiter, der, wenn gegen ihn entschieden werde, keinen Arbeitsbesitz erhalte. Auch für den Unternehmer müßte der Zwang zur Anerkennung der Schiedsprüche durchgeföhrt werden. — Genosse Schmalz äußerte seine Meinung über die Angelegenheit, daß mit dem Hilfssdienstgesetz auch der Zeitpunkt verhandelt werden müsse. Wenn beim Ausschuß jemand sagt, hinter dem auch jemand stand, dann hatte er Erfolg. So werde es auch in Zukunft sein. Mit der Jurisdiktion bei den Schiedsprüchen müsse aufgedrückt werden, in ihre Leitung gehörten Männer der Gewerkschaft. — Genosse Ratz betonte die Notwendigkeit, daß sich die Vertreter in den Schiedsinstanzen nicht als Parteimänner, sondern als unparteiliche Richter behandeln müßten, sonst seien diese Stellen als Unfruchtbarkeit verdammt. Zur Vertretung des reinen Parteipunktes seien die beiderseitigen Mundworte berufen. — Schlichtungsausschuss Genosse Haas noch auf das Ergebnis der Aussprache ein, um dann zu betonen, daß die Vergleiche der Urteile anderer Schlichtungsausschüsse im Rechte mit den Schiedsbescheiden des Dresdner Ausschusses lehnen, wie erfolgreich dieser gearbeitet hat.

Der Verhandlung dieser Angelegenheit war der Schlichtungsausschuss ausgegangen, die Verhandlungsunterlagen der Arbeiterschaft im Hinblick auf die weiter politische Tenierung vom 1. Oktober an um 10 M. und der weiblichen Hilfskraft um 20 M. monatlich zu erhöhen. Zum Schluß teilte Genosse Hantsch noch mit, daß der Verband in einer dringenden Eingabe die Arbeiterschaft und die Arbeitskammernunterstützung für die Übergangszeit in einer weiteren Eingabe die Vertretung eines sächsischen Arbeitsamtes gefordert habe. Daraus wurde die Beschlussfassung noch dreistündiger Dauer geschlossen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sack, Dresden. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Max Sack, Dresden. Druck und Verlag: Rabe & Comp., Dresden.

Leben · Wissen · Kunst

Frühlingswogen.

Erzählung von Iwan Turgenejew.

Er blieb auf etwas schwarzen Füßen vor Gemma stehen und rief mit schreiender Stimme, in der man gegen seinen Willen dennoch den Kampf mit sich selbst durchhörte: "Ich trinke auf das Wohl der schönsten Konditorstöchter in ganz Frankfurt, in der ganzen Welt! — (er leerte sein Glas auf einen Zug) und nehme als Belohnung diese Blume, die von ihren göttlichen Fingern gebrochen wurde!"

Er nahm eine Rose, die auf dem Tische vor Gemmas Brust lag.

Vor Staunen und Schreck wurde sie zuerst sehr bleich, dann trat Unruhe auf die Stelle des Schreckens, und sie erröte bis unter die Haare. Ihre in demselben Augenblick schiederselbst und aufleuchtenden Augen waren voll auf den beleidigten Geruch und entbrannten in finsternen, unaussprechlichen Worten. Der Offizier schien durch den Blick verwirrt; er murmelte einige unverständliche Worte, verbeugte sich und ging zu seinen Kameraden zurück, von denen er mit Geschick und leisem Händegestalt empfunden wurde.

Herr Müller stand rasch von seinem Stuhle auf, richtete sich auf, setzte den Hut auf den Kopf und rief würdevoll, aber nicht sehr laut: "Unerbötlich! Unerhörte Frechheit!" Er beugte sich gleich den Knieen mit strenger Stimme herbei, verlangte augenblicklich seine Rechnung... noch mehr; er ließ sofort den Wagen anschnallen, indem er bemerkte, daß ordentliche Leute nicht hierher kommen könnten, da sie beleidigt ausgekehrt seien. Gemma, die bis dahin regungslos auf ihrem Stuhle sitzen geblieben war — ihre Brust wogte hoch und umgürtet —, Gemma richtete jetzt ihre Augen auf Müller... und sah ihn unverwandt, ganz mit demselben Blick an, wie vorher den Offizier. Emil beugte vor ihm.

"Stehen Sie auf, mein Fräulein," sagte ihr Müller in demselben strengen Tone; "es schickt sich nicht für Sie, hier zu bleiben. Wir wollen die Rechnung im Gasthaus bezahlen." Gemma erhob sich schweigend; er reichte ihr seinen Arm, sie nahm ihn, und er schlug würdevoll die Richtung gegen das Gasthaus ein; seine Haltung wurde immer annähernder, und sein Blick immer majestätischer, je mehr er sich von dem Orte entfernte, wo das Mittagessen eingenommen worden war.

Während Müller dem Kellner seine Rechnung zahlte — er gab ihm zur Strafe keinen Kreuzer Trinkgeld —, hatte sich Skarin raschen Schrittes dem Liche genähert, an dem die Offiziere saßen, und, sich an den beleidigten Gemmas wendend (der in diesem Augenblicke gerade ihre Rose seinen Kameraden der Reihe nach zu riechen gab), sagte er deutlich auf Gemmas Blick: "Was, was Sie eben getan haben, mein Herr, ist eines ehrenhaften Mannes und der Uniform unwürdig, die Sie tragen — und ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß Sie ein ungezogener und frecher Mensch sind!" Der junge Mann sprang auf seine Füße, allein ein anderer, älterer Offizier hielt ihn mit einer Bewegung seiner Hand zurück und betrug ihn, sich niederzusetzen. — Zu Skarin gewandt, sagte er ihm, ebenfalls auf Französisch: Ob er ein Verwandter der der Verluste jener Dame sei?

"Ich bin ihr vollkommen fremd," rief Skarin, "ich bin ein Russe — aber ich kann eine solche Frechheit nicht gleichgültig ansehen; hier ist übrigens meine Karte und meine Adresse: Der Herr Offizier kann mich ausfinden."

Nachdem er diese Worte gesprochen, warf Skarin seine Stimmkarte auf den Tisch und bemächtigte sich mit einem raschen Griff Gemmas Rose, die einer von den Offizieren hatte auf seinen Teller lassen lassen.

Der junge Mann war wieder im Begriffe, aufzustehen, wurde aber von demselben älteren Kameraden mit den Worten: "Dönhof, sei still!" zurückgehalten.

Hierauf erhob sich jener, sagte die Hand an den Schirm seiner Ansetzle und sagte, nicht ohne einen Anflug von Achtung in Ton und Haltung, zu Skarin, daß om folgenden Morgen ein Offizier des Regiments die Ehre haben werde, bei ihm in seiner Wohnung zu erscheinen. Skarin antwortete mit einer kurzen Verbeugung — und kehrte eilig zu seinen Freunden zurück.

Herr Müller stellte sich, als hätte er weder Skarins Aufbruch, noch seine Unterredung mit den Offizieren bemerkt; er trug den Kutscher, der die Pferde einspannte, zur Eile an und ärgerte sich über seine Saumseligkeit. Auch Gemma sagte kein Wort zu Skarin, sie sah ihn gar nicht an; aber an ihren zumühenverfäulenden Augenbrauen, an ihren bleichen Lippen und an ihrer regungslosigen Gestalt konnte man wohl sehen, was in ihr vorging... Emil allein hegte sich für den Kampf, mit Skarin zu sprechen und ihn auszufordern; er hatte gesehen, wie Skarin zu den Offizieren trat, hatte gesehen, wie er denselben etwas Weißes, ein Papier, einen Zettel oder eine Karte übergeben... Das Herz des armen Hängens zwang die heilige, keine Wogen glühten, er hätte sich Skarin in die Arme werfen, hätte in Tränen ausbrechen und sofort mit Skarin hingerufen mögen, um diese widerwärtigen Offiziere kurz und klein zu schlagen! Allein er überwand sich und bemühte sich damit, jede Bewegung seines edlen, russischen Gemütes aufmerksam mit den Augen zu verfolgen!

Endlich hatte der Kutscher angeknüpft, und die ganze Gesellschaft setzte sich in den Wagen. Emil klopfte artig auf dem Boden noch; es war dort freier und dort hatte er Müller, den er nicht gleichgültig ansehen konnte, doch nicht vor Augen.

Herr Müller sprach während der ganzen Fahrt... und sprach allein, niemand antwortete ihm, und dennoch war er nicht mit ihm einverstanden. Er hielt sich besonders dabei auf, wie wenig wohl man getun habe, seinen Vorschlag, den geschlossenem Raube zu dinnieren, nicht anzunehmen. Denn wären gar keine Unannehmlichkeiten entstanden! Hiermit ließ er einige etwas klare und sogar liberale Bemerkungen darüber fallen, wieviel die Regierung den Offizieren verdanke, wie schlecht die Disziplin sei und wie gering man von ihrerseits Element in der Sozialität achte — wie das mit der Zeit eine Unaufrichtigkeit erzeugte, von der es nicht viel von einer Revolution sei, für welche Vorbereitung Französisch bei diesen Worten leuchtete er mitfühlend) als trauriger Mensch hiene. Er fügte hier aber gleich hinzu, daß er persönlich der Wacht huldige — daß er nie, nie ein Revolutionär

werden würde — allem, eine solche Ausgelassenheit könne er unmöglich billigen! Hierauf fügte er noch einige allgemeine Bemerkungen über Moral und Sittenlosigkeit und über das Gefühl von Schicklichkeit und Würde hinzu!

Im Verlaufe dieser "Auseinandersetzungen" begann Gemma, die schon am Vormittage während des Spazierganges nicht ganz zufrieden mit Herrn Müller zu sein schien — deshalb hielt sie sich etwas entfernt von Skarin, als wenn seine Gegenwart sie in Verlegenheit setze —, offenbar sich ihres Bräutigams zu schämen! Wegen des Ende der Fahrt litt sie entschieden, und wenn sie auch fortfuhr, Skarin nicht anzuwenden, so schlug sie doch plötzlich einen fliehenden Blick zu ihm auf... Er, seinerseits, empfand mehr Mitleid mit ihr als Unwillen über ihren Verlobten; im geheimen freute ihn eigentlich alle die Ereignisse dieses Tages, obgleich er am folgenden Morgen eine Herausforderung zu erwarten hatte.

Diese peinliche Partie de Plaisir erreichte endlich ihr Ende.

Als Skarin Gemma vor der Konditorei aus dem Wagen half, stand er ihr, ohne ein Wort zu sagen, die wiedergewonnene Rose in die Hand. Sie erröte, drückte ihm die Hand und verberg eilig die Rose. Er wollte nicht hineinsehen, obgleich der Abend erst begonnen hatte. Sie forderte ihn auch nicht auf. Nachdem erklärte Pantaleone in der Tür, daß Frau Lenore schlief, Emil nahm schüchtern Abschied von Skarin; er hatte ihn eine gewisse Scheu vor ihm erfährt; so sehr bewunderte er ihn, Herr Müller brachte Skarin in seine Wohnung und nahm höflich Abschied von ihm. Bei aller seiner Selbstzufriedenheit war dem regelrecht angelegten Deutschen doch nicht wohl zumute. Es war niemand wohl zumute.

Bei Skarin übrigens zerstreute sich dieses Gefühl — ein Gefühl von Unbehagen, bald, und modte einer unbestimmten, aber angenehmen, selbst geborenen Stimmung Platz. Er schritt im Zimmer auf und nieder, wollte an nichts weiter denken, schiff kein Liedchen und war sehr zufrieden.

IX.

Immer bis 10 Uhr auf die Erklärung des Offiziers warten, dachte Skarin am folgenden Morgen bei seiner Toilette — und dann noch er nicht lachen! Allein die Deutschen stehen früh auf; es hatte noch nicht 9 Uhr geschlagen, als der Kellner Skarin meldete, daß der Herr Sekondleutnant vom Rittler ihn zu sprechen wünsche. Skarin jag schnell seinen Rock an und ließ den Herrn bitten. Herr Rittler erwies sich gegen Skarins Erwarten, als ein sehr junger Mensch, fast noch ein Knabe. Er versuchte seinem barocken Gesicht einen Ausdruck von Würdigung beizulegen, was ihm doch keineswegs gelang; er konnte nicht einmal seine Verlegenheit beherrschen, und wäre, als er sich setzen wollte, fast gefallen, indem kein Stuhl anhafte. Stotternd und stockend erklärte er Skarin in höchstem Französisch, daß er im Auftrage seines Freundes, des Barons von Dönhof, gekommen sei; daß kein Auftrag in der Auftragung bestünde, Herr von Skarin möge sich wegen der tags vorher gebrachten beleidigenden Andeutungen entschuldigen, und daß Herr von Dönhof, im Falle einer abschlägigen Antwort, Satisfaction verlange. Skarin antwortete, daß er nicht gekommen sei, sich zu entschuldigen, hingegen bereit sei, Satisfaction zu geben. Hierauf fragte Herr von Rittler, immer stotternd, mit wem, um welche Stunde und wo er die nötigen Verabredungen treffen könne? Skarin bat ihn, in zwei Stunden wiederkommen, er werde sich bemühen, bis dahin einen Sekundanten zu finden. (Wen, zum Teufel, werde ich zu meinem Sekundanten nehmen? dachte er bei sich selbst.) Hierauf stand Herr von Rittler auf und verabschiedete sich... blieb aber auf der Türschwelle stehen, als empfinde er Gemütsbeschwerden, und sagte, zu Skarin gewandt, daß kein Freund, Baron von Dönhof, sich nicht verhehlen könne... daß er gewissermaßen... selbst Schuld an dem gestrigen Vorfall sei — und sich deshalb mit einer leichten Entschuldigung begnügen würde. Darauf erinnerte Skarin, daß er, da er sich gar keiner Schuld bewußt sei, gar keine Entschuldigungen, weder schwere noch leichte, zu machen beabsichtige. "In diesem Falle," sagte Herr von Rittler, und erröte noch mehr, werden einige freundschaftliche Schritte ausgetauscht werden müssen!"

"Was verhehle ich nun gar nicht," bemerkte Skarin; "meinen Sie, daß wir in die Luft schreien sollten?"

"O nein! nicht das!" lispelte der jetzt vollends verwirrte Sekundant, "aber ich dachte... da die Sache unter ansässigen Leuten... Ich werde mit Ihrem Sekundanten reden," unterbrach er sich und ging.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenberge.

In einem Märchen wird von einem Eisenberg erzählt, der von einem in einen Vogel verwandelten Haislicht in unendlichen Höhen dadurch weggeräumt werden soll, daß er ihn alle hundert Jahre eine Nacht lang mit seinem Schwabe bearbeite darf. Erst wenn er den Berg auf diese Weise abgetragen hat, nach seine Erlösung und die Haisverwandlung in menschliche Gestalt. Ebenso geht die Sage von eisernen Bergen an den Ufern des Mitteländischen Meeres, die so magnetisch seien, daß sie aus den ihnen nahe kommenden Holzschiffen die eisernen Nägel und Klammern herausziehen, so daß die Schiffe auseinanderfallen. Wehten diese Erzählungen auch im allgemeinen in das Reich der Fabeln, so haben sie doch insofern einen tatsächlichen Hintergrund, als es wirklich Berge gibt, die ganz oder doch vorwiegend aus Eisenerz bestehen.

In den berühmtesten und bekanntesten solcher Eisenberge gehört der Heuscheue Berg in dem österreichischen Kronland Steiermark. Der Berg hat bei 1540 Meter Höhe eine regelmäßige Gestalt und wird fast ausschließlich von Spateisenerz mit 60 p. h. metallischem Eisen gebildet. Er wurde schon in vorchristlichen Zeiten und später von den alten Römern ausbeutet. Jetzt ist er der wichtigste Eisenerzberg für Österreich. Nach der Inbetriebnahme der Eisenerzgrube errichteten Denkmale wurde im Jahre 712 dort der Erzbergbau errichtet und kam seitdem nie wieder vollständig zum Erliegen. Trotz dem über 1200 Jahre lang und namentlich im letzten Jahrhundert sehr regen Abbau hat die Masse des Eisenberges kaum merklich abgenommen.

Die im Mitteländischen Meere liegende Insel Saba, die seit dem Napoleon I. bekannt wurde, besteht in ihrer Hauptmasse aus Magnetit, das von Granit überlagert ist. Schon in den ältesten Zeiten war der Erzreichtum der Insel bekannt und sie wurde deshalb Saba, d. h. die Glänzende, genannt. Auch hier wurde schon in den ältesten Zeiten Erzbergbau betrieben, der sich immer weiter ausdehnte

und bis zum Beginn des Weltkrieges große Mengen vorzügliches Erz nach Deutschland lieferte.

In dem Chandra Distrikt der Zentralprovinzen Indiens liegt ein langgestreckter Bergkamm, der sich 250 Meter über die Ebene erhebt und fast vollständig aus Eisenerz zusammen setzt ist. Das Erz ist von besonderer Güte und vornehmlich phosphorfreies Hochofenerz. Der hier lagernde Reichtum wird bis jetzt fast gar nicht ausgebeutet, da die Transportkosten zum Schmelzen der Erze sehr hoch und keine brauchbaren Verkehrswege zur Abfuhr der Erze vorhanden sind.

Ein weiterer fast ganz aus Magnetit auf gebauter Berg ist der Roubidoux im Staate Queensland in Australien. Er ist von regelmäßiger Gestalt und hat bei 60 Meter Höhe an seinem Fuß einen Durchmesser von 400 Meter. In seiner Nachbarschaft liegt der Mount Wisa, der etwas kleiner ist und ebenfalls aus magnetischem Eisen besteht. Beide Erze werden von der Bundesregierung ausgebeutet und dabei aufbewahrt vollständig abgetragen.

TIK

Der Wiederaufbau der Jugendbewegung.

Die Arbeiter-Jugend gibt in ihren letzten beiden Nummern 20 und 21 einen Lieberblick über den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung. Die Zahl der jungen Bauernschaft beträgt danach zur Zeit etwa 100. In den kleinen und kleinen Orten mußte die Bewegung infolge des Mangels an Kräften fast gänzlich eingestellt werden. Auch in den größeren Orten bereiteten die fortgeschrittenen Eindrücke namentlich der jüngsten Jahrgänge unjer Jugendarbeit ungeheure Schwierigkeiten. Trotzdem ist das Organisationsleben und das Interesse der Jugend an den Veranstaltungen immer noch sehr rege. Der Besuch der Veranstaltungen wird freilich teilweise beeinträchtigt durch die Lebens- und Arbeitszeit und die damit verbundene starke Ermüdung der Jugendlichen. Auch die noch bestehenden Jugendheime erfreuen sich eines guten Besuchs. Sehr bemerkenswert ist die hohe Anwesenheit der weiblichen Jugend, die zum größten Teil 1/2 bis 2/3 der Gesamtbesucherzahl betrug. Ihre Ausgaben geben 70 Jugendausschüsse mit 66 857,68 R. an. Davon entfallen auf Unterhaltungsstellen der Jugendheime 26 385,85 R., Bildungsarbeiten 17 068,04 R., Agitation 607,45 R., Körperpflege 1670,34 R.

Wiederholt haben die Jugendausschüsse ersucht, der übermäßigen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte, die teilweise in der Kriegsindustrie Platz genommen hat, entgegenzutreten. Auch die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat sich in dieser Beziehung nach Kräften bemüht und die vielfache Wiederherstellung der gesellschaftlichen Jugendverbände, die während des Krieges teilweise außer Kraft gesetzt worden ist, gefordert. Es gelang durch diese Bemühungen, die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen; aber die völlige Wiederherstellung der Jugendausschüsse war bisher nicht möglich. Weiter hat sich die Zentralstelle im Einklang mit den Jugendausschüssen ganz entschieden gegen die Übernahme der verschiedenen Jugendverbände des Generalverbandes (Sparbank, Raubverbände usw.) in die Friedenszeit ausgesprochen. Ebenso wurde die Forderung nach einer Reform des geltenden Jugendrechts erhoben.

Mit dem Wiederaufbau der Jugendbewegung beschäftigt ist sich in den letzten Wochen Jugendkonferenzen in den Bezirken Groß-Berlin, Magdeburg-Anhalt und Hannover. Nebenbei wurde unter lebhafter Beteiligung der Jugend die Gründung fester Jugendvereine beschlossen, weil nur auf diese Weise ein planmäßiges und erfolgerbringendes Arbeiten in der Jugendbewegung möglich ist. Für die Zukunft soll die Schaffung einer Einheitsorganisation für die gesamte arbeitende Jugend Deutschlands angestrebt werden. Nebenfalls ist der alte Punkt in der Jugendbewegung längst überunden. Früheres Leben regt sich; neue Kräfte drängen zu neuen Ausdrucksformen. Es muß Sache der erwachsenen Arbeiterschaft sein, sich ihrer Jugend krafttätig anzunehmen und den Wiederaufbau der Jugendbewegung nach Möglichkeit zu fördern.

Dresdner Kalender.

Bühnenkonzert durch die Königlichen Kammermusik zum Osten des Vereins Beethovenklub für die Stadt Dresden. In der Altonaer Allee 3 und 4 Uhr stattfindendes Führung durch die Königlich-Kameralgalerie wird die Kunsthistorikerin Fräulein Heide über die Bildwerke Meister sprechen.

Das zweite Philharmonische Konzert muß infolge der Säuberung verzagt werden. Der neue Konzerttag wird noch bekanntgegeben. Sämtliche Karten behalten Gültigkeit.

Mitteilungen der Konzertleitung H. Ries, 6. November, 7 1/2 Uhr, Palmengarten: 1. Kammerkonzert vom Dresdner Trio. — 18. November, 7 1/2 Uhr, Palmengarten: Lieber- und Quert-Abend von Doris Walde (Soprano) und Käthe Wiedel (Mezzosoprano). — 14. November, 7 1/2 Uhr, Palmengarten: Elia Karan; Vorträge des Olfens. — 18. November, 7 1/2 Uhr, Vereinhause: Vortrag mit Lichtbildern von Freiherrn von Reigenstein. — 19. November, 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Dresdner Kaufmannschaft: Opernabend. — 20. November, 8 Uhr, Vereinhause: Lichtbildvortrag von Dr. phil. Hans Wagner. — 21. November, 7 1/2 Uhr, Palmengarten: Vortragsabend von Emma Reichel-Rudolph. — 22. November, 7 1/2 Uhr, Palmengarten: Klavierabend Prof. Konrad Anzinger. — 23. November, 7 1/2 Uhr, Gewerbehause: Sonderkonzert mit dem Dresdner Philharmonischen Orchester, Leitung: Georges Georgesco, Solisten: Heinrich Rode, Karl Günzburg. — Karten für sämtliche Veranstaltungen bei H. Ries, Seestraße 21, und O. Reinold, Dampffstraße 2.

Kleine Mitteilungen.

Die Forderungen der Schauspielers werden vom Direktorenverband abgelehnt. Er läßt veröffentlichten: Die Wagen sind jetzt über als in Friedenszeiten. Zudem haben die Schauspielers sehr hohe Nebeneinnahmen vom Film (und benachteiligten dadurch ihre Probenverpflichtungen). Die Forderungen sind von vielen nur unter Anwendung unterschrieben worden. — In gutem Willen über die Bühnenverirrung die Wünsche der minder gut besoldeten Mitarbeiter machen und die Eintrittspreise außerordentlich erhöht sind, sollen sich die Schauspielers damit begnügen, daß ihre Wagen bei in Friedenszeiten sind! Da das Ultimatum der Schauspielers am 5. abläuft, stehen — falls nicht in letzter Stunde noch von außen her Einigung gelingt — entscheidende Schritte bevor.

Dr. Wilhelm Stigler, der frühere Weimarsche Hofoperndirigier, ist in Leipzig im Alter von 72 Jahren gestorben. Ursprünglich Kapellmeister und Gerichtsschreiber, wurde er von dem Weimarschen Hof und Göttinger ausgebildet und wirkte in mehr als tausend Konzerten mit. 1886 wurde er an hervorragender Stelle dem Weimarer Hoftheater verpflichtet. Später führten ihn Gastspieltreffen durch ganz Deutschland.

Das Märchen von König brüdt der König von Josephs Reg ist zur 1. Führung im Dezember für das Dresdner Schauspielhaus erworben worden.

Werftarbeiter

Schiffbauer, Rieret, Stemmer
Schiffsmaschinenbauer
Bohrschmiede und Elektriker
suchen in dauernde Arbeit auf unserm Werk
Hamburg-Zünftwärder

in feierlichem Eintritte gesucht — Werkstätten: Hamburg,
Reventanzbau, Mündelbergstraße 7. (S 850)
Deutsche Werft, Aktiengesellschaft.

Tücht. Arbeiterinnen

für Drehbänke und andre Maschinen
werden laufend gesucht

The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden
Dornblüthstraße 43 (S 202)

Brennmacher, Gießmeister, tücht. Arbeiterinnen
ein Nachtwächter, ein Fabrikmaschinen
in dauernde Beschäftigung sucht (S 252)
Eigentümer: Götzig, H. O., Götzig i. S.

Revolverdreher

für Bittler- u. Muerbach-Automaten
in feierlichem Eintritte gesucht

The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden
Dornblüthstraße 43 (S 202)

Schlosser, Schlüsselmeister
Elektromonteur u. Fabrikarbeiter
für ein modern eingerichtetes Werk in der Oberlausitz der
Werk gesucht. Arbeiterbeschäftigungsbüro der Chemischen
Werkstoff-Fabrik, Herrmannstr. 11, D. Panitzsch, Kreis
Radebeul, Station Schönbühnen, C. 2. (S 240)

Tüchtigen Gelehrten

sucht für sofort in dauernde Beschäftigung. (S 251)
Friedrich Zitzow, Eisen- und Stahlwerk
Lößbauer Straße 51/55

Werkzeugschleifer

The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden
Dornblüthstraße 43 (S 202)

Klempner, Rohrflößer

Rohrflößer, Hilfsarbeiter
für die Marine- und Heereslieferungen stellt ein
Dresdner Maschinenfabrik u. Schiffswerft
Uebigau, Aktiengesellschaft Dresden-N.

für das Arbeitsbureau unter Werk Sporbitsch
suchen wir zu möglichst baldigem Eintritte

1 Schlossermeister

1 Drehermeister

zur Berechnung von Abgaben. (S 252)
Es wollen sich nur tüchtige und selbständig arbeitende
Herren — auch Kriegsveterane — melden. Bewerbungen
mit Angabe der Gehaltsansprüche sowie Verfassung von
Zeugnisabschriften erbeten.

Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik
vorm. Gebrüder Seif, Dresden-N. 24.

Werkzeugschleifer

für Drehbankstühle gesucht.
The United Cigarette Machine Company, Limited
Dornblüthstraße 43. (S 202)

Tüchtiger, jüngerer Graveur

der Steinplatten und Gärten sofort verlangt. Bedingungen
bestimmen von 8-9 Uhr, Hamburger Straße 19. (S 128)
Aktiengesellschaft vorm. Geibel & Rasmann.

Arbeitsmädchen u. Frauen

für leichte, dauernde Beschäftigung bei guter Bezahlung
suchen wir. (S 254)
Jena-Werk, Jena, Jenaerstraße 11.



Winter-Bedarf

- Strickweste** grau meliert, mit langen Ärmeln. Preis Stück M 23.⁵⁰
- Lungenschützer** aus vorzügl. Kamelhaar- stoff, sehr wärmend. Preis Stück M 3.⁵⁰
- Leibbinde** Schlupf-Form, reine Welle, gestrickt. Stück M 2.⁴⁰
- Kniewärmer** aus vorzügl. Wolle gestrickt, naturfarbig. Paar M 2.⁴⁰
- Kopfschützer** Schlauch- form, in feldgrau, reine Wolle, in versch. Stärken M 2.-, 1.50, 1.-
- Schal** grau, kräftig gestrickt, leicht getaucht, sehr wärmend. Preis Stück M 3.⁵⁰
- Ohrenschtützer** aus feldgrauer Wolle gestrickt. Paar M 1.⁶⁰
- Fußschlüpfer** grau, aus kräftigem Tricot, sehr wärmend. Paar M 2.¹⁰
- Socken** aus kräftig gestrickter Baumwolle in grau, sehr strapazierfähig. Paar M 3.⁶⁰
- Wickelgamaschen** aus wasserdicht. Lodenstoff, Länge 1.50 m. Paar M 18.⁵⁰
- Wickelgamaschen** aus wasserd. Papiergewebe, Länge 1.50 m. Paar M 12.⁵⁰
- Handschuhe** aus reiner Wolle, in grau, glatt und gestricelt. Paar M 2.⁴⁰

Die hier angezeigten Waren sind mit dem Hinweis „Zeitung-Angebot“ gesondert ausgestellt und können auf Verlangen sofort vorgezeigt werden.

Dresden RENNER Altmarkt

Männer, Frauen, Kriegsbeschädigte

für einige Stunden des Nachmittags zum Straßenverkauf unserer Zeitung gesucht. Zu melden: Buchhandlung, Wettinerplatz 10

Dresdner Volkszeitung

Seckwerk Sporbitz bei Mägeln

Für dauernde Beschäftigung gesucht:

Gelernte Dreher, Schlosser und Schmiede für Eisenkonstruktionen, Werkzeugschlosser f. Schnitte und Stanzen, Horizontalbohrer, Fräser, Hobler, Einrichter f. Loewe- u. Wuttig-Automaten, Blechspanner, Dampfhammerführer, Maschinenarbeiter für Holzbearbeitungsmaschinen, Transportarbeiter, Arbeiterinnen für die Geschosskontrolle, Lageristen für Eisenwaren. (S 252)

Fahrgelegenheit bis zum Werk ab Hauptbahnhof 6.20 Uhr vorm., ab Werk 8.15 Uhr nachm.

Stellen-Angebote

für industrielle, gewerbliche Unternehmungen haben nur dann Erfolg, wenn die Bekanntgabe solcher Anzeigen in einer Tageszeitung erfolgt, die die weiteste Verbreitung in der Arbeiterschaft hat. Für Dresden u. Umgegend kommt in allererster Linie in Betracht die fast in jedem Arbeiterheim vertretene und gern gelieferte

Dresdner Volkszeitung

Ein Versuch dürfte zweckmäßig und sehr lohnend sein

Metaliformer

für Kriegs-Regierungsgut suchen sofort (S 250)
Dr. Etzschmidt & Berie H. O.
Dresden-N., Nieser Straße 7.

Tücht. Tischler

für Dauerarbeiten sucht
Urban & Reisschauer
Hölderstraße 24

Steinschleifer

wird angenommen.
Seuter & Schneider
Blaschauer Straße 106.

Türk-Brandbräutigam

Einfach-Apparate
Rochfiliere
Wärmflaschen
u. vieles mehr 20% billiger
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Central-Theater-Kolonne

Federbetten

Rückeneinrichtungen u. verschiedene Möbel vorräthig zu verkaufen. Langemann, Große Bräuergasse 11, L. Singana-Curtain.

Stonjerven, Flaschen- und Fliegenfänger

Obst- und Kartoffelförderer
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Central-Theater-Kolonne

Belche Serienschwinge

haben
Kriegsteilnehmer

ihre Hinterbliebenen!

Reichhaltige Beihilfen für die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer.
Preis 2.40 M. (S. 252)
Volksbuchhandlung

Winkel

gebunden 2 Mark
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.

Reibmaschinen

Kaffee-, Gewürz- u. Pfeffermühlchen
Fleischwölfe
Emaillewaren
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Central-Theater-Kolonne

Mehrere Schlosser, geübter Hobler und älterer Arbeiter

Handel & Reibisch, G. m. b. H.
Tharandter Straße 48/52. (S 251)

Geübte Lumpensortiererin

sucht in dauernde Stellung. Warnatzsch, Kleine Plauenische Gasse 30, 2. Hof (H 178)

Jüngere bessere Arbeitsmädchen

zum Abfassen von Spezialitäten für sofort gesucht. (S 253 a)
Hermann Kohöbel (near. 1898)
Dresden-N., Eisenstraße 68/70.

Lehrmädchen

für bessere Racionnagenarbeit stellt bei guten Beding. ein (S 253 a)
Racionnagenfabrik Fuchs, Bübnerstraße 87.

Das Lohnbuch zu Steuerzwecken

mit praktischen, leichtverständlichen Erläuterungen zum Hgl. Sächsischen Einkommensteuergesetz von Dr. Hoffmann

Der beste Dank der Steuerüberhebung

Unentbehrlich
für Lohn und Gehalt empfangende Steuerzahler, im Besonderen für die mit schwachen Lohnemkommen. — Preis 40 Pf. —
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz Nr. 10

Quellen-Bücher für die Jugend.

Preis 20 bis 80 Pf. Volksbuchhandlung.

Marktflaschen Marktmeße

Donath
Dippoldisdorfer Platz 3

Gas-Lampen

„Braunschweig“, „National“, noch alle lieferbar
Lampen
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Central-Theater-Kolonne

Frau Heusinger

Am See Nr. 17